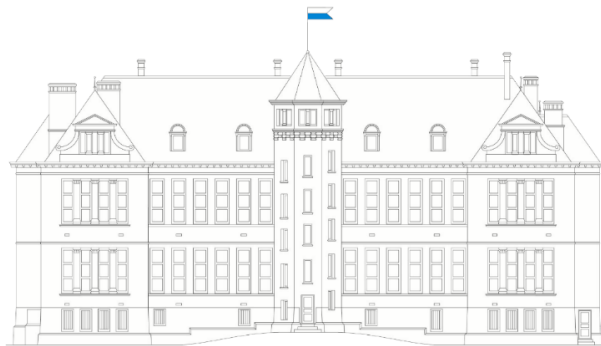


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen machen sich große Sorgen, wie sie angesichts der Gasknappheit und der enorm hohen Energiekosten über den Winter kommen sollen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Fragen zur Energiesicherheit und -knappheit in ganz Europa schonungslos aufgedeckt.

Am 25. Oktober haben sich daher auf meine Einladung hin Experten aus Politik und Wirtschaft zum Thema „Gasversorgung in der EU – Wie können die EU und die Mitgliedstaaten einen kalten Winter verhindern?“ ausgetauscht und bereits auf den Weg gebrachte bzw. angedachte Maßnahmenpakete seitens der Europäischen Union diskutiert. In einem waren sich die Teilnehmer der Onlineveranstaltung einig: Wir müssen kurzfristig und für die Kunden planbar reagieren, denn Entlastungen sind richtig und jetzt notwendig. Wir dürfen es aber auch nicht versäumen, langfristig die Weichen für eine sichere und bezahlbare Energie- und Gasversorgung zu stellen. Daher begrüße ich die Ankündigung der Kommission, den Strompreismarkt neu gestalten zu wollen.

Zwei Tage später besuchte ich die slowakische Hauptstadt Bratislava und führte dort u. a. mit dem Außenminister der Slowakischen Republik, *Rastislav Káčur*, einen Austausch über die Neuausrichtung der Bayerisch-Slowakischen Zusammenarbeit. Schwerpunkthemen des Gesprächs waren Cyber-Security und Wasserstoff-Technologie.





Ganz wichtig war mir aber auch der gemeinsame Besuch mit dem Staatssekretär im slowakischen Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten, *Andrej Stančík*, am Denkmal der im Februar 2018 ermordeten Investigativ-Journalisten *Ján Kuciak* und *Martina Kušnírová*. Ein für mich sehr bewegender Moment, der mich mehr als nur nachdenklich stimmte. Denn: Eine starke Demokratie braucht immer auch eine starke und unabhängige Presse. Oder andersherum formuliert und ich zitiere dazu *Roberta Metsola*, die Präsidentin des Europäischen Parlaments: „*Es gibt keine Demokratie ohne Pressefreiheit. In Europa sind Rechte und Freiheiten keine Hindernisse, sondern etwas Erstrebenswertes, für das wir kämpfen müssen.*“

Passend dazu hat das Europäische Parlament Mitte vergangener Woche in Straßburg den sog. Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus 2022 an *Clément Di Roma* und *Carol Valade* für ihren Dokumentarfilm „Zentral-Afrika: Die Söldner aus Russland“ verliehen, der den Einfluss Russlands in Afrika thematisiert. Der Preis wird im Gedenken an die maltesische Enthüllungsjournalistin und Bloggerin *Daphne Caruana Galizia* vergeben, die unermüdlich gegen Korruption gekämpft hatte und im Jahr 2017 bei einem Autobombenanschlag getötet worden war.

Der Preis erinnert uns daran, dass sich die geopolitischen Koordinaten dramatisch verändert haben. Das beweist auch ein Blick in Richtung Volksrepublik China. So ist die Europäische Union aktuell nicht von ungefähr bestrebt, die Beziehungen zu China neu zu justieren. Die Volksrepublik wird mehr und mehr als Systemrivale und Konkurrent denn als Partner verstanden. In der Tat erscheint ein solch ausgewogener Ansatz, d.h. Abhängigkeiten zu reduzieren und zugleich den Dialog in globalen Fragen zu suchen, pragmatisch. Ich bin mir sicher, es wird zu diesen Fragen auch in den nächsten Monaten und Jahren noch viel zu diskutieren geben.

Doch zurück zur Tagespolitik und damit zum aktuellen Europabericht – für dessen Lektüre ich Ihnen hiermit die nötige Zeit ans Herz lege.

Ihre Melanie Huml



| | |
|---|-----------|
| EDITORIAL | 2 |
| POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN | 9 |
| RATSPRÄSIDENTSCHAFT | 9 |
| Rat für Auswärtige Angelegenheiten nimmt Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine in den Blick | 9 |
| Rat für Allgemeine Angelegenheiten diskutiert über Wahlrecht, Rechtsstaatlichkeit und die Zukunft Europas | 10 |
| Europäischer Rat tagt zu den Themen Ukrainekrieg, Energiekrise sowie zur Rolle Chinas für die EU ... | 10 |
| EUROPÄISCHES PARLAMENT..... | 11 |
| Plenarwoche vom 17.10.2022 - 20.10.2022: EU-Haushalt für 2023, Ladestationen für E-Autos und Wasserstofftankstellen, Klimaschutzziele, Schutz kritischer Infrastrukturen, Sacharow- und Journalistenpreis | 11 |
| INSTITUTIONELLES..... | 13 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor..... | 13 |
| STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION..... | 15 |
| SICHERHEIT | 15 |
| Abgeordnete fordern Beschluss über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum | 15 |
| Abgeordnete geben grünes Licht für den Schengen-Beitritt Kroatiens | 15 |
| Frontex: Abgeordnete verweigern Entlastung für Haushaltsjahr 2020 | 16 |
| Westbalkan: EU verstärkt Unterstützung für Grenz- und Migrationsmanagement | 16 |
| STRAßENVERKEHR..... | 17 |
| Kommission veröffentlicht Zahlen zu Verkehrstoten | 17 |
| KATASTROPHENSCHUTZ..... | 17 |
| Ukraine: EU startet Winterschutzprogramm | 17 |
| FREIZÜGIGKEIT | 17 |
| Abgeordnete lehnen russische Pässe aus besetzten Gebieten ab | 17 |
| CYBERSICHERHEIT | 18 |
| Kritische Infrastruktur: Kommission beschleunigt Arbeit zur Stärkung der europäischen Resilienz | 18 |
| Europäischer Auswärtiger Dienst stellt Online-Tool zur leichteren Erkennbarkeit von Desinformation und Informationsmanipulation vor..... | 19 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR | 20 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB | 20 |
| UKRAINE/EU..... | 20 |
| Kommission führt Machbarkeitsstudie zur Schienenverkehrsanbindung mit der Ukraine durch | 20 |
| VERKEHRSPOLITIK..... | 21 |
| Ergebnisse des informellen EU-Verkehrsrats am 20./21.10.2022 in Prag | 21 |



| | |
|--|-----------|
| LUFTVERKEHR..... | 21 |
| EU und ASEAN unterzeichnen Luftverkehrsabkommen | 21 |
| VERKEHRSINFRASTRUKTUR..... | 22 |
| Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) fest | 22 |
| Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Nutzung erneuerbaren und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr (FuelEU Maritime) fest..... | 22 |
| BAUEN UND WOHNEN..... | 23 |
| Rat legt Standpunkt zur Energieeffizienz von Gebäuden (EPBD) fest..... | 23 |
| Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für August 2022 | 24 |
| STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ..... | 25 |
| Rat erörtert Rechtstaatlichkeit in Polen | 25 |
| Einheitliches Patentgericht: Richter am Bundesgerichtshof wird Präsident am Berufungsgericht | 25 |
| Europäische Staatsanwaltschaft ermittelt zu Impfstoff-Käufen der EU..... | 25 |
| EuGH: Fluglinien haften nach dem Übereinkommen von Montreal auch für psychische Unfallfolgen | 25 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST..... | 27 |
| ERC vergibt Synergy Grants an 29 Forschergruppen..... | 27 |
| Europäischer Innovationsrat vergibt Pathfinder-Förderung an 57 Projekte | 27 |
| 49 neue Weltraumforschungsprojekte werden unter Horizont Europa gefördert | 28 |
| Kommission verabschiedet überarbeiteten Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation. 28 | |
| STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT..... | 29 |
| Euro-Gruppe am 14.10.2022: transatlantischer makroökonomischer Ausblick und transatlantische Risiken | 29 |
| WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION..... | 30 |
| Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung | 30 |
| EU-HAUSHALT | 31 |
| Europäischer Rechnungshof: Prüfer finden mehr Fehler bei EU-Ausgaben | 31 |
| Europäisches Parlament zeigt sich besorgt über die Regeln zur Kontrolle der Ausgaben im Rahmen von NextGenerationEU | 31 |
| Standpunkt des Europäischen Parlaments zum EU-Haushalt 2023..... | 31 |
| STEUERN..... | 32 |
| FISC-Ausschusssitzung am 13.10.2022: u. a. umgesetzte nationale Steuerreformen und Bekämpfung aggressiver Steuermodelle in den Niederlanden | 32 |
| Öffentliche Konsultation zu einem neuen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung in der EU (BEFIT)..... | 32 |
| Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle („single window“) für den Zoll: Rat nimmt politische Einigung formell an..... | 33 |



| | |
|---|-----------|
| Öffentliche Konsultation zur Änderung der EU-Verordnung Nr. 389/2012 (Zusammenarbeit von Behörden bei Verbrauchssteuern) | 33 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE .. | 35 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi..... | 35 |
| WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE..... | 35 |
| Zahlungsverkehr: Kommission legt Vorschlag zur schnelleren Einführung von Euro-Sofortzahlungen vor | 35 |
| Green Deal: Europäisches Parlament legt Standpunkte zur AFIR (Infrastruktur alternative Kraftstoffe) und FuelEU Maritime fest..... | 36 |
| Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Rat nimmt politische Einigung formell an | 36 |
| Green Deal: Politische Einigung zur Verschärfung der CO ₂ -Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge erzielt | 37 |
| Kapitalmarktunion: Politische Einigung zu europäischen langfristigen Investmentfonds erzielt | 37 |
| Staatliche Beihilfen: Kommission konsultiert Mitgliedstaaten erneut zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Krisenrahmens | 37 |
| Staatliche Beihilfen: Kommission verabschiedet überarbeiteten Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation..... | 38 |
| Staatliche Beihilfen: Deutschland gewährte meiste Beihilfen auf Grundlage des Befristeten COVID-19-Rahmens | 38 |
| Kartellrecht: Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Handhabung der Kronzeugenregelung | 38 |
| TECHNOLOGIE UND INNOVATION..... | 39 |
| EIC-Accelerator: Rund 400 Mio. € für innovative Start-ups in Europa – darunter drei aus Bayern..... | 39 |
| AUßENWIRTSCHAFT..... | 39 |
| EU-Australien: Rahmenabkommen in Kraft getreten | 39 |
| EU-USA: Zweiter gemeinsamer Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich | 39 |
| ENERGIE | 40 |
| Hohe Energiepreise: Kommission legt neue Vorschläge im Gasbereich vor..... | 40 |
| Hohe Energiepreise: Europäischer Rat nimmt Schlussfolgerungen an | 40 |
| Digitalisierung des Energiesektors: Kommission legt Aktionsplan vor..... | 40 |
| Energierat: u. a. Austausch zum Dritten Energiepaket für Gas und zu den neuen Kommissionsvorschlägen im Gasbereich | 41 |
| Green Deal: Rat legt Standpunkt zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) fest | 41 |
| REPowerEU: Ausschüsse des Europäischen Parlaments legen Standpunkt zur Integration von REPowerEU in die Aufbau- und Resilienzfähigkeit fest | 42 |
| Global Gateway: EU und USA intensivieren Zusammenarbeit für Energie in Afrika | 42 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ..... | 43 |
| UMWELT..... | 43 |
| Kommission schlägt strengere Luftqualitätsgrenzwerte für 2030 vor..... | 43 |



| | |
|---|-----------|
| Kommission schlägt besseren Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser vor..... | 43 |
| Kommission veröffentlicht Vorschlag zur Novellierung der Kommunalabwasserrichtlinie | 44 |
| Kommission veröffentlicht EU-Fortschrittsbericht Klimapolitik 2022 | 44 |
| Eurobarometerumfrage ermittelt Besorgnis über die Luftqualität in der EU | 45 |
| Rat billigt ehrgeiziges Verhandlungsmandat der EU für die Weltklimakonferenz | 46 |
| Rat billigt ehrgeiziges Verhandlungsmandat der EU für UN-Biodiversitätskonferenz..... | 46 |
| Europäisches Parlament fordert weltweite Erhöhung der Klimaziele vor der Weltklimakonferenz | 47 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich Umwelt..... | 47 |
| Risikobewertungskriterien von durch neue genomische Techniken erzeugte Pflanzen veröffentlicht | 48 |
| VERBRAUCHERSCHUTZ..... | 48 |
| Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen bei Tiertransporten veröffentlicht | 48 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich Verbraucherschutz | 49 |
| Rat bestätigt politische Einigung für strengere Grenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen..... | 49 |
| Konsultation zur Änderung der REACH-Verordnung in Bezug auf besonders gefährliche Stoffe | 50 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN | 51 |
| Tagung Agrarrat | 51 |
| Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels (7/2022).... | 52 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMELF | 52 |
| SCoPAFF hat befristeter Verlängerung der Glyphosatzulassung formal widersprochen..... | 52 |
| Kommission registriert EU-Bürgerinitiative für veganes Essen | 53 |
| Kommission veröffentlicht Konsultation zu Beistoffen in Pflanzenschutzmitteln | 53 |
| Kommission veröffentlicht Konsultation zu Verzeichnis im ökologischen Landbau zugelassener Erzeugnisse und Stoffe..... | 54 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES..... | 55 |
| Sozialministerinnen und -minister tauschen sich zu Kriegsfolgen und Energiekrise aus | 55 |
| Dreigliedriger Sozialgipfel: Gewerkschaften fordern neues SURE -Programm | 55 |
| EuGH: Umwandlung darf Beteiligung der Gewerkschaften im Aufsichtsrat nicht verringern | 56 |
| EU-Gleichstellungsindex zeigt kaum Fortschritte in Sachen Gleichstellung | 56 |
| Europäisches Parlament fordert mehr Anstrengungen zur Bekämpfung des Hasses gegen die LGBTIQ+-Community | 56 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE..... | 58 |
| Pandemievorbeugung: EU verstärkt weltweite Zusammenarbeit | 58 |
| Rat stärkt Europäische Gesundheitsunion | 58 |
| Kommission lässt Corona-Impfstoffe für Babys und gegen Varianten zu | 59 |



| | |
|---|-----------|
| Befristeter COVID-19-Rahmen: Deutschland gewährte meiste Beihilfen | 59 |
| COVID-19-Zertifikat: Gleichwertigkeitsbeschluss für Brasilien | 59 |
| Aufruf von Kommission, ECDC und Weltgesundheitsorganisation für Grippe- und Covid-Impfung..... | 60 |
| Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit junger Menschen | 60 |
| STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES | 61 |
| Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD | 61 |
| Ratsschlussfolgerungen zur Stärkung der Sicherheit der Lieferketten von Informations- und Kommunikationstechnologien | 61 |



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Rat für Auswärtige Angelegenheiten nimmt Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine in den Blick

Am 17.10.2022 trafen sich die EU-Außenminister zum Ministerrat Auswärtige Angelegenheiten in Luxemburg. Zentrales Thema war ein Gedankenaustausch über die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine sowie Unterstützungsmaßnahmen mittels der Europäischen Friedensfazilität und einer militärischen Ausbildungsmission (EUMAM Ukraine). Der Rat hat in diesem Zuge zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität angenommen, um die Fähigkeiten und die Resilienz der ukrainischen Streitkräfte weiter zu unterstützen. Mit der sechsten Tranche in Höhe von 500 Mio. € steigt der Gesamtbeitrag der EU im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität für die Ukraine nun auf 3,1 Mrd. €. Die Ministerrunde hat auch beschlossen, eine militärische Ausbildungsmission zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) einzurichten. Dabei sollen 15.000 ukrainische Soldaten ausgebildet werden. Die EUMAM ist damit der mit Abstand größte Ausbildungseinsatz der EU für ein Drittland. Ziel der Mission ist es, die militärische Fähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zu verbessern. Die meisten Soldaten werden vermutlich in Polen und Deutschland ausgebildet werden. Aus Militärkreisen hieß es zuletzt, dass die Bundeswehr eine Brigade mit bis zu 5.000 ukrainischen Soldaten trainieren könnte. Frankreich will nach eigenen Angaben bis zu 2.000 Ukrainer ausbilden. Das Mandat der Mission ohne Exekutivbefugnisse erstreckt sich zunächst auf zwei Jahre.

Der Rat hat daneben im Rahmen der angesichts der Menschenrechtslage im Iran bestehenden Sanktionsregelung elf Personen und vier Organisationen in die Liste der Personen, Einrichtungen und Organisationen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, aufgenommen. Die verhängten Maßnahmen umfassen ein Einreiseverbot und das Einfrieren von Vermögenswerten. Darüber hinaus wird es Bürgern sowie Unternehmen der EU verboten, den in der Liste enthaltenen Personen und Organisationen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Berichten zufolge haben die Minister auch die Beziehungen der EU und China erörtert. Grundlage der Diskussion war ein Bericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Der Hohe Vertreter der EU, *Josep Borrell*, warb in seinem Statement nach Ende des Ministerrates weiterhin für einen sog. „multifaceted approach“. China wird demnach – je nach Bereich – als Kooperationspartner, Verhandlungspartner, Wettbewerber (technologische Errungenschaften) oder rivalisierendes Regierungssystem angesehen.

[Pressemitteilung des Rates zu Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine](#)

[Pressemitteilung des Rates zu EUMAM Ukraine](#)

[Pressemitteilung des Rates: Sanktionen angesichts der Lage im Iran](#)

[Pressemitteilung des Hohen Vertreters](#) (in englischer Sprache)



Rat für Allgemeine Angelegenheiten diskutiert über Wahlrecht, Rechtsstaatlichkeit und die Zukunft Europas

Die Ministerrunde in der Formation Allgemeine Angelegenheiten tagte am 18.10.2022 in Luxemburg. Die Ministerrunde bereitete die Sitzung des Europäischen Rates vor (20./21.10.2022, siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) und beschäftigte sich darüber hinaus u. a. mit folgenden Themen:

Die Ministerrunde diskutierte den Vorschlag des Europäischen Parlaments (EP) zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für die Wahlen zum EP. Einige Mitglieder würdigten das Ziel des Vorschlags, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die demokratische Legitimation des EP zu stärken. Die umstrittensten Elemente des Vorschlags sind die Einführung von transnationalen Listen (Wahllisten mit Kandidaten aus unterschiedlichen Ländern, die in allen EU-Staaten zusätzlich zu den nationalen Kandidaten zur Wahl stünden) sowie das Spitzenkandidatensystem für die Bestimmung des Postens des EU-Kommissionspräsidenten. Einige Mitgliedstaaten äußerten sich auch skeptisch gegenüber Versuchen, die Bestimmungen bzgl. der Organisation der Wahl oder des Wahlrechts zu harmonisieren, nationale fest verankerte Traditionen und Besonderheiten müssten hier respektiert werden. Weitere Mitglieder riefen die Änderungen im Wahlrecht in Erinnerung, auf die man sich im Jahr 2018 geeinigt hatte und drückten die Hoffnung aus, dass diese zügig in Kraft treten würden.

Die Ministerrunde hat im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV auch die Entwicklungen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in Polen erörtert (reiner Sachstandsbericht, keine förmliche Anhörung). Die letzte Anhörung hatte im Februar 2022 stattgefunden. Das Verfahren war 2017 eröffnet worden. Im Zentrum stehen Bedenken bzgl. der Organisation der polnischen Gerichtsbarkeit. Die Kommission informierte die Ministerrunde über aktuelle Entwicklungen zum Regelwerk der Disziplinarmaßnahmen gegenüber polnischen Richtern. Polen hatte Gelegenheit Stellung zu nehmen und insistierte Berichten zufolge, dass das Land sämtlichen Forderungen, die der EuGH in seinen Urteilen 2021 formuliert hatte, nachgekommen sei.

Die Ministerrunde diskutierte auch Fragen, um die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas zügig umzusetzen. In organisatorischer Hinsicht stand die Feedback-Veranstaltung im Vordergrund (geplant für den 02.12.2022), bei der die drei EU-Institutionen den Bürgern einen Überblick über das bisherige Follow-up zur Konferenz geben wollen, die am 09.05.2022 mit dem Europa-Tag zu Ende gegangen war. Zur zentralen inhaltlichen Frage von Vertragsänderungen wurden folgende Leitgedanken formuliert: Die Mehrzahl der Vorschläge der Konferenz kann ohne Vertragsänderungen umgesetzt werden; diese Vorschläge sollten prioritär behandelt werden. Einige Minister mahnten an, dass man sich angesichts der aktuellen Energiekrise darauf konzentrieren sollte, Lösungen für akute Probleme zu finden, mit denen die Bürger konfrontiert sind.

[Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung](#)

Europäischer Rat tagt zu den Themen Ukrainekrieg, Energiekrise sowie zur Rolle Chinas für die EU

Am 20./21.10.2022 kamen die 27 EU-Staats- und Regierungschefs zu ihrer Herbsttagung zusammen.



Konkret wurden Maßnahmen zur Zählung der Gaspreise und Wirtschaftshilfen für die Ukraine besprochen. Man war sich einig, das Land weiter unterstützen zu wollen – politisch, humanitär, militärisch und finanziell. So wurden der Ukraine Wirtschaftshilfen in Aussicht gestellt. Das Land soll 1,5 Mrd. € im Monat erhalten.

Im Rahmen der Diskussion um Maßnahmen im Bereich „Energie und Wirtschaft“ blieben Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, konkrete Entscheidungen zu folgenden Themen vorzulegen: Erstens, eine vorübergehende Preisobergrenze für den wichtigsten europäischen Gashandelsplatz, den niederländischen TTF zu erarbeiten, und zweitens einen neuen Mechanismus vorzulegen, der es den Gasunternehmen in der Europäischen Union erlaubt, sich zu Käuferkartellen zusammenzuschließen, um rechtzeitig für die Befüllung der Gasspeicher im nächsten Jahr Gas auf dem internationalen Markt zu kaufen. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich auch dafür aus, dass die Kommission dringend eine Obergrenze für den Preis von Gas, das zur Stromerzeugung verwendet wird, prüfen sollte - den sog. iberischen Mechanismus, der in Spanien und Portugal bereits seit Monaten in Kraft ist.

Am zweiten Tag des EU-Gipfels wurde auch die Rolle Chinas für die EU-Wirtschaft debattiert (siehe hierzu auch Beitrag zum Rat für Auswärtige Angelegenheiten in diesem EB-Abschnitt). Eine der Wortführerinnen dabei war die finnische Regierungschefin *Sanna Marin*. Finnland hat die längste Landgrenze zu Russland, und für Finnland war der Krieg in der Ukraine ein Schock. *Marin* forderte die Kollegen aus der EU dringlich auf, aus alten Fehlern zu lernen. Sie drängte darauf, die Abhängigkeiten von China – gerade im Technologiesektor – früher und nachhaltiger abzubauen, als dies im Falle von Russland geschehen sei. Ähnlich sahen dies auch die baltischen Staaten und einige osteuropäische Länder.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung](#)

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 17.10.2022 - 20.10.2022: EU-Haushalt für 2023, Ladestationen für E-Autos und Wasserstofftankstellen, Klimaschutzziele, Schutz kritischer Infrastrukturen, Sacharow- und Journalistenpreis

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen folgende Themen im Zentrum:

- **EU-Haushalt für 2023 soll sich auf Ukraine, Energie und Pandemie konzentrieren**

Das EP hat am 19.10.2022 über seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2023 abgestimmt. Die Abgeordneten haben fast alle vom Rat vorgenommenen Kürzungen (über 1,6 Mrd. €) rückgängig gemacht und damit den Haushaltsentwurf in den betreffenden Haushaltslinien wieder auf das ursprünglich von der Kommission vorgeschlagene Niveau (187,3 Mrd.€) gebracht. Erhebliche Aufstockungen erfahren die Mittel für Erasmus+, Klimaschutzmaßnahmen und transeuropäische Netze. Um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine besser bewältigen zu können wurden mehr als 850 Mio. € zusätzlich veranschlagt.



- **Ladestationen für E-Autos alle 60 km und alle 100 km eine Wasserstofftankstelle**

Ebenfalls am 19.10.2022 hat das EP seine Position zu EU-Vorschriften verabschiedet für mehr Ladestationen und alternative Tankstellen etwa für Strom oder Wasserstoff für Autos, Lastwagen, Züge und Flugzeuge. So soll die Zahl klimafreundlich betriebener Fahrzeuge steigen. Die neuen Vorschriften sind Teil des Fit for 55-Pakets für 2030, mit dem die EU ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 senken will.

- **Vor Weltklimakonferenz: EP fordert von G20 höhere Klimaschutzziele**

Am 20.10.2022 verabschiedete das EP eine Entschließung mit seinen Forderungen für die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP27), die vom 06.11.2022 - 18.11.2022 in Ägypten stattfindet. Die EU sollte gemäß den Abgeordneten Führungsstärke zeigen und ihr Emissionsreduktionsziel für das Jahr 2030 erhöhen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine habe zudem gezeigt, wie dringend das weltweite Energiesystem umgestaltet werden müsse.

- **EU-Parlamentarier lehnen russische Pässe aus besetzten Gebieten ab und betonen Recht auf Asyl**

Das EP hat am 19.10.2022 beschlossen, Reisedokumente, die Russland in den von ihm illegal besetzten Gebieten in der Ukraine und Georgien ausgestellt hat, nicht anzuerkennen. Die Abgeordneten billigten damit das Mandat des EP für Verhandlungen mit dem Rat über einen Legislativvorschlag zur Nichtanerkennung von Reisedokumenten, die von Russland in den besetzten ukrainischen Gebieten und den sog. abtrünnigen Gebieten Georgiens ausgestellt wurden, zum Zwecke der Visumerteilung oder beim Überschreiten der EU-Außengrenzen.

- **Fokus auf Verbesserung der Cybersicherheit und des Schutzes von EU-Infrastrukturen**

In einer Plenardebatte mit Kommissionsvizepräsident *Schinas* am 18.10.2022 forderten die Abgeordneten mehr Ehrgeiz der EU bei der Cybersicherheit und beim Schutz kritischer Infrastrukturen. Sie argumentierten, dass der jüngste Vorfall bei Nord Stream die Anfälligkeit der EU-Infrastrukturen gezeigt habe, und betonten die Gefahr von Cyberangriffen, indem sie auf Fälle hinwiesen, die eine Reederei in Dänemark und das Gesundheitssystem in Irland betrafen. Ihrer Meinung nach braucht die EU ehrgeizigere Rechtsvorschriften zur Sicherung kritischer Infrastrukturen, die über die bereits diskutierten Vorschläge (ein Gesetz über die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen und neue Cybersicherheitsvorschriften) hinausgehen sollten.

- **Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens: EP fordert Ende der Diskriminierung und Aufnahme**

In einer am 18.10.2022 angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten, dass der Rat bis Ende 2022 einen Beschluss über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengener Raum des freien Personenverkehrs fasst. Dies sollte die Abschaffung der Personenkontrollen an allen Binnengrenzen für beide Länder Anfang 2023 sicherstellen. Der bisherige Ausschluss sei diskriminierend und habe negative Auswirkungen auf den EU-Binnenmarkt.



- **Frontex: Abgeordnete verweigern Entlastung für das Haushaltsjahr 2020**

Die Abgeordneten verweigerten am 18.10.2022 der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex die Entlastung für den Haushalt 2020. Die Abgeordneten kritisieren das „Ausmaß der schwerwiegenden Verfehlungen“ unter dem ehemaligen Exekutivdirektor der Agentur, der am 28.04.2022 nach der Veröffentlichung eines Berichts des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF zurückgetreten war. Frontex habe es versäumt, die Grundrechte von Migrantinnen und Migranten sowie von Asylbewerberinnen und -werbern zu schützen, so das EP.

- **Volk der Ukraine gewinnt Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2022**

Die Präsidentin des EP, *Roberta Metsola*, hat am 19.10.2022 den Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit 2022 verkündet, infolge der Entscheidung der Konferenz der Präsidenten (Präsidentin und Fraktionsvorsitzende). Die Abgeordneten haben das „mutige ukrainische Volk“, vertreten durch seine Führung und die Zivilgesellschaft, mit dem Preis ausgezeichnet.

- **Daphne-Caruana-Galizia-Preis 2022 für Film über Einfluss Russlands in Afrika**

Clément Di Roma und *Carol Valade* erhalten den Daphne-Caruana-Galizia-Preis 2022 für ihren Dokumentarfilm „Zentral-Afrika: Die Söldner aus Russland“. Vom 03.05.2022 - 01.08.2022 hatten mehr als 200 Journalistinnen und Journalisten aus den 27 Mitgliedstaaten ihre Beiträge eingereicht. Aus den elf Beiträgen, die in die engere Wahl kamen, wählte die Jury den Gesamtsieger. Den Gewinnern ging es u. a. darum, die Arbeit ihrer drei russischen Kollegen *Orhan Dschemal*, *Kirill Radtschenko* und *Alexander Rasstorgujew* fortzusetzen. Sie hatten in der Zentralafrikanischen Republik zur Gruppe Wagner recherchiert und waren 2018 ermordet worden.

Die nächste Plenartagung in Straßburg findet vom 21.11.2022 - 24.11.2022 statt.

[Presseerklärungen des EP](#) (in englischer Sprache)

INSTITUTIONELLES

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor

Die Kommission hat am 18.10.2022 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 vorgelegt.

Die Kommission hat 43 neue Initiativen angekündigt, ein Rechtsakt soll aufgehoben werden, eine Initiative wird die Kommission nicht weiterverfolgen. Die angekündigten Maßnahmen orientieren sich an sechs zentralen Leitmotiven / Politikbereichen. Acht der vorgelegten Vorschläge können dem REFIT-Programm zugeordnet werden (Programm im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung der EU-Kommission).

Im Bereich „Europäischer Grüner Deal“ können folgende Maßnahmen hervorgehoben werden: Vorschlag für eine Reform des Strommarktes/Strommarktdesign (Abkopplung des Strompreises vom Gaspreis, „Wasserstoff-Bank“ (ausgestattet mit 3 Mrd. €, um den Wasserstoffmarkt anzukurbeln), Reduzierung von Abfall (Schwerpunkt



Lebensmittel- und Textilabfälle), Grüner Schienenverkehr (Paket), Überarbeitung der Tierschutzvorschriften, Überarbeitung der Chemikalienrichtlinie REACH (Teil der REFIT-Initiative).

Im Bereich „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ sind folgende Maßnahmen enthalten: EU-Gesetz zur Sicherstellung eines angemessenen und diversifizierten Zugangs zu kritischen Rohstoffen, Überarbeitung der Zahlungsverzugsvorschriften, Vorschlag im Bereich Virtuelle Realität/Metaverse, Maßnahmenpaket im Bereich Patente / Lizenzen, Mobilitätspaket (Schaffung eines gemeinsamen Mobilitätsdatenraumes und EU-Rahmen für den Hochgeschwindigkeitszug Hyperloop), Maßnahmen im Kampf gegen Piraterie sowie die Überarbeitung der Textilkennzeichnungsverordnung (Teil der REFIT-Initiative).

Dem Leitmotiv „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ können die folgenden Maßnahmen zugeordnet werden: Halbzeitüberprüfung der Vorschriften bzgl. des EU-Haushalts im Rahmen des Mid-Term-Review 2023, Vorschläge zur Schaffung neuer Eigenmittelkategorien, Einheitliches Regelwerk für Unternehmensbesteuerung, Paket Soziale Marktwirtschaft und Qualitätsrahmen für Praktika.

Den EU-Außenbeziehungen widmet sich der Themenblock „Ein stärkeres Europa in der Welt“. Hierzu gehören die Weltraumstrategie, die EU-Strategie für maritime Sicherheit sowie die Aktualisierung des Sanktionsinstrumentariums.

Unter dem Schlagwort „Förderung unserer europäischen Lebensweise“ werden folgende Initiativen genannt: Mitteilung für geistige Gesundheit, Aktualisierung des EU-Rahmens für Lernmobilität, Vorschläge zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen sowie eine Initiative zur Schaffung einer Akademie für Cybersicherheitskompetenzen.

Im Themenfeld „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“ finden sich folgende Initiativen: Das Paket „Demokratie verteidigen“, der EU-Behindertenausweis, ein EU-Rahmen im Kampf gegen Korruption und die Überarbeitung des Rahmens für alternative Streitbeilegung/ digitale Streitbeilegung (Teil der REFIT-Initiative).

Die Kommission, EP und Rat werden auf Grundlage des nun vorgelegten Arbeitsprogramms eine gemeinsame Erklärung annehmen (u. a. Liste gesetzgeberischer Prioritäten).

[Pressestatement vom Vizepräsidenten der Kommission Šefčovič](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Arbeitsprogramm der Kommission](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

SICHERHEIT

Abgeordnete fordern Beschluss über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum

Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Beitritt zum Schengen-Raum zu ermöglichen. In einer am 18.10.2022 angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten, dass der Rat bis Ende 2022 einen Beschluss über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Freihandelsraum fasst. Damit soll die Abschaffung der Personenkontrollen an allen Binnengrenzen für beide Länder Anfang 2023 gewährleistet werden. Die Entschließung wurde mit 547 Ja-Stimmen und 49 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten kritisieren, dass der Rat keine Entscheidung über die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens getroffen hat, obwohl die beiden Länder die notwendigen Bedingungen längst erfüllt haben. Derzeit sind alle EU-Mitgliedstaaten außer Bulgarien, Kroatien, Zypern, Irland und Rumänien Teil des Schengen-Raums, der auch die Nicht-EU-Staaten Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein einschließt. Die Entschließung vom 18.10.2022 ist der Abschluss einer Plenardebatte vom 05.10.2022. Für den Beitritt neuer Länder zu Schengen ist ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rates erforderlich.

[Pressemittteilung](#) (in englischer Sprache)

Abgeordnete geben grünes Licht für den Schengen-Beitritt Kroatiens

Am 25.10.2022 stimmten die Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten (LIBE) im Europäischen Parlament (EP) der Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen dem Schengen-Raum und Kroatien zu. In einem Bericht, der mit 45 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen wurde, billigt der LIBE Ausschuss die Vollmitgliedschaft Kroatiens im Schengen-Raum. Am 09.12.2021 bestätigte der Rat, dass Kroatien alle notwendigen Bedingungen für die vollständige Anwendung der Schengen-Regeln erfüllt hat. Um die Achtung der Grundrechte an den EU-Außengrenzen zu gewährleisten, fordert das EP Kroatien auf, das EP und den Rat über seinen Aktionsplan für den Schutz der EU-Außengrenzen und insbesondere über einen unabhängigen Mechanismus zur Überwachung der Handlungen von Polizeibeamten zu informieren. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, in ihr Schengen-Evaluierungsprogramm eine Bewertung des Grenzschutzes an den Außengrenzen aufzunehmen, die auch Aspekte der Grundrechte umfasst. Das Plenum des EPs wird den Bericht nun diskutieren. Die endgültige Entscheidung über die Aufhebung der Binnenkontrollen kann dann vom Rat der EU einstimmig getroffen werden.

[Pressemittteilung](#) (in englischer Sprache)



Frontex: Abgeordnete verweigern Entlastung für Haushaltsjahr 2020

345 Abgeordnete stimmten am 18.10.2022 für die Empfehlung des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament (EP), der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex die Entlastung für den Haushalt 2020 zu verweigern. 284 Abgeordnete stimmten dagegen und 8 enthielten sich. Die Abgeordneten kritisieren das „Ausmaß der schwerwiegenden Verfehlungen“ unter dem ehemaligen Exekutivdirektor der Agentur, der am 28.04.2022 nach der Veröffentlichung eines Berichts des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) zurückgetreten war. Frontex habe es versäumt, die Grundrechte von Migrantinnen und Migranten sowie von Asylbewerberinnen und -werbern zu schützen, so das EP. Das EP begrüßt die Ernennung der Interim-Exekutivdirektorin von Frontex im Juli 2022 sowie die bereits ergriffenen oder geplanten Abhilfemaßnahmen und die positiven Veränderungen im Hinblick auf die Grundrechte. Sie stellen aber gleichzeitig fest, dass die Probleme in der Agentur möglicherweise tiefgreifender „struktureller“ Natur sind und über das Fehlverhalten einzelner Personen hinausgehen. Dieser Punkt wurde von vielen Abgeordneten während der Plenardebatte über die Verantwortung von Frontex für Grundrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen betont.

[Pressemitteilung](#)

Westbalkan: EU verstärkt Unterstützung für Grenz- und Migrationsmanagement

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten am 25.10.2022 empfohlen, die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und Albanien, Serbien und Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina über ein erweitertes Frontex-Mandat zu genehmigen. Außerdem hat die Kommission ein 39,2 Mio. € schweres neues Hilfspaket im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) angenommen, mit dem das Grenzmanagement im Westbalkan gestärkt werden soll. Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, mit Unterstützung von Frontex die Kapazitäten der Partner im Westbalkan für Migrationsmanagement, Bekämpfung der Schleusung und Gewährleistung der Sicherheit zu stärken. Im Rahmen der derzeitigen Statusvereinbarungen zwischen Frontex und Albanien, Serbien und Montenegro darf die ständige Reserve nur an den gemeinsamen Grenzen dieser Länder mit der EU eingesetzt werden und hat keine Exekutivbefugnisse. Der neue Rechtsrahmen erlaubt nun Statusvereinbarungen, bei denen die ständige Reserve von Frontex in einem Drittland sowohl an der Grenze zur EU als auch an den Grenzen zu anderen Drittländern eingesetzt werden kann und über Exekutivbefugnisse verfügt. Im Anschluss an die Empfehlungen der Kommission muss der Rat einen Beschluss erlassen, um die Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen mit Albanien, Serbien und Montenegro sowie mit Bosnien und Herzegowina zu ermächtigen.

[Pressemitteilung](#)



STRAßENVERKEHR

Kommission veröffentlicht Zahlen zu Verkehrstoten

Nach den am 17.10.2022 von der Kommission veröffentlichten endgültigen Zahlen für das Jahr 2021 wurden im vergangenen Jahr schätzungsweise 19.900 Menschen auf den Straßen der EU getötet. Es handelt sich um einen Anstieg um 6 % im Vergleich zu 2020. Der Anstieg folgte auf einen noch nie dagewesenen jährlichen Rückgang von 17 % zwischen 2019 und 2020, der stark durch ein geringeres Verkehrsaufkommen aufgrund der Pandemie-Sperrungen beeinflusst wurde. EU-weit gab es 2021 45 Verkehrstote pro Mio. Einwohner (die Zahl der Verkehrstoten reicht von 20/Mio. in Schweden und 22/Mio. in Dänemark bis zu 81/Mio. in Bulgarien und 92/Mio. in Rumänien; in dieser Rangliste sind Länder mit weniger als 100 Verkehrstoten pro Jahr nicht berücksichtigt). Für die ersten sieben Monate des Jahres 2022 zeigen die vorläufigen Zahlen einen durchschnittlichen Anstieg der Zahl der Verkehrstoten um mehr als 10 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2021. Der aktuelle Trend liegt jedoch immer noch unter dem Niveau vor der Pandemie.

[Zur Pressemitteilung und Statistik für 2021](#) (in englischer Sprache)

KATASTROPHENSCHUTZ

Ukraine: EU startet Winterschutzprogramm

Die russische Armee zerstört weiter zivile Infrastruktur in der Ukraine, weshalb die Europäische Kommission ein Programm für Notunterkünfte und winterfeste Anlagen auflegt. Dazu kommen zusätzliche 175 Mio. € an humanitärer Hilfe zur Unterstützung der Bedürftigsten in der Ukraine und der Republik Moldau. Die strategische *rescEU*-Reserve wird mobilisiert, um in der Ukraine Notfallvorräte an Schutzeinheiten und anderen Gütern in Höhe von insgesamt 62,3 Mio. € bereitzustellen. Oberste Priorität hat die winterfeste Unterbringung angesichts der zu erwartenden Minustemperaturen. Weitere Prioritäten sind Bildung in Notsituationen, Gesundheit und Schutzhilfe. Die Europäische Kommission und die Ukraine arbeiten zudem daran, die Ukraine auf einen Beitritt zum EU-Katastrophenschutzverfahren vorzubereiten. Das Verfahren wurde bereits in vollem Umfang mobilisiert, um die Ukraine mit mehr als 70.000 t lebensrettenden Gütern aus 31 verschiedenen europäischen Ländern zu unterstützen.

[Pressemitteilung](#)

FREIZÜGIGKEIT

Abgeordnete lehnen russische Pässe aus besetzten Gebieten ab

Das Europäische Parlament (EP) hat am 20.10.22 beschlossen, Reisedokumente, die Russland in den von ihm illegal besetzten Gebieten in der Ukraine und Georgien ausgestellt hat, nicht anzuerkennen. Mit 540 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei 36 Enthaltungen billigte das EP sein Mandat für Verhandlungen mit dem Rat über einen Legislativvorschlag zur Nichtanerkennung von Reisedokumenten, die von Russland in den



besetzten ukrainischen Gebieten und den sog. abtrünnigen Gebieten Georgiens ausgestellt wurden, zum Zwecke der Visumerteilung oder beim Überschreiten der EU-Außengrenzen. Der Vorschlag sieht vor, dass die Kommission die EU-Mitgliedstaaten konsultiert und eine Liste russischer Reisedokumente erstellt, die in Zukunft nicht mehr akzeptiert werden sollen. Die Abgeordneten haben sich auf ein beschleunigtes Verfahren geeinigt und Änderungen am Standpunkt des Rates angenommen. Die Abgeordneten betonen, dass jeder Mensch das Recht hat, aus humanitären Gründen in die EU einzureisen. Der Standpunkt des EPs ermächtigt die Kommission, neue Regionen in die Liste der besetzten Gebiete aufzunehmen oder sie durch delegierte Rechtsakte zu streichen, die keine Abstimmung durch die Mitgesetzgeber erfordern, gegen die aber sowohl der Rat als auch das EP Einspruch erheben können. In diesem Zusammenhang fordern die Abgeordneten die Kommission auf, das EP und den Rat frühzeitig in die Vorbereitung dieser delegierten Rechtsakte einzubeziehen. Das EP und der Rat werden nun über die endgültige Form des Rechtsakts verhandeln. Sobald er von beiden Organen angenommen und im Amtsblatt der EU veröffentlicht ist, tritt er am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

CYBERSICHERHEIT

Kritische Infrastruktur: Kommission beschleunigt Arbeit zur Stärkung der europäischen Resilienz

Die Kommission hat am 18.10.2022 in einer Empfehlung des Rates vorgeschlagen, die Widerstandsfähigkeit der kritischen Infrastrukturen der EU zu stärken. Der Vorschlag für diese Empfehlung kommt einige Wochen nach der Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines und während der „Krieg in der Ukraine neue Risiken, physische Angriffe und Cyberangriffe mit sich gebracht hat, die oft als hybride Bedrohung kombiniert werden“, erklärt die Kommission. U. a. sollen die Arbeiten zum Schutz kritischer Infrastruktur in den drei Schwerpunktbereichen Abwehrbereitschaft, Reaktionsfähigkeit und internationale Zusammenarbeit maximiert und beschleunigt werden, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und mit benachbarten Drittländern erfolgen. Vorrang sollten dabei die Schlüsselbereiche Energie, digitale Infrastruktur, Verkehr und Raumfahrt erhalten. Außerdem fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, Einrichtungen, die kritische Infrastruktur betreiben, Stresstests auf der Grundlage gemeinsamer, auf Unionsebene erarbeiteter Grundsätze zu unterziehen. In dem Empfehlungsentwurf wird auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern und Nachbarländern im Hinblick auf die Resilienz kritischer Infrastruktur aufgerufen. Die Kommission und der Hohe Vertreter werden die Koordinierung mit der NATO im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen der EU und der NATO über Resilienz verstärken und zu diesem Zweck eine Taskforce einsetzen.

[Zur Empfehlung der Kommission](#)

[Pressemitteilung](#)



Europäischer Auswärtiger Dienst stellt Online-Tool zur leichteren Erkennbarkeit von Desinformation und Informationsmanipulation vor

Die „East Stratcom Task Force“ des EAD (Europäischer Auswärtiger Dienst) hat ein neues Online-Tool namens „Learn“ entwickelt, um Desinformation und Informationsmanipulation leichter zu erkennen. „Learn“ soll den Nutzern erleichtern, die Relevanz und Zuverlässigkeit von Quellen einzuschätzen und reagieren zu können. Es werden Mechanismen und Taktiken erklärt, man bekommt Einblicke in das krenlfreundliche Medienökosystem und in die Philosophie, die hinter ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung steckt. Der Inhalt der Seite kann leicht in praktische Übungen und Fallstudien für Schulklassen übertragen werden.

[Zu „Learn“](#)

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Die Kommission hat am 18.10.2022 ihr Arbeitsprogramm 2023 vorgelegt (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB sind u. a.:

- Legislativer Vorschlag zur Erhöhung des Anteils des Schienengüterverkehrs (Q2 2023)
- Überarbeitung der Richtlinie zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge (Q2 2023)
- Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Güterverkehr (Q2 2023)
- Legislativer Vorschlag zur Überwachung und Registrierung von Asbest in Gebäuden (Q2 2023)
- Nicht-legislative Maßnahme für einen gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraum (Q2 2023)
- Überarbeitung der Verordnung über die Zeitnischenregelung auf Flughäfen (Q3 2023)
- Legislativer Vorschlag für einen EU-Rechtsrahmen für Hyperloop (Q3 2023)

Das Arbeitsprogramm 2023 kündigt u. a. folgende Überarbeitungen an (REFIT-Initiativen):

- Überarbeitung des EU-Rahmens zu Fahrgastrechten (Q2 2023)
- Überarbeitung des EU-Pakets zur technischen Überwachung von Fahrzeugen (Q3 2023)
- Überarbeitung der EU-Regeln zu harmonisierten Informationsdiensten für Binnenwasserstraßen (Q3 2023)

Zu den Vorschlägen, die vorrangig weiterverfolgt werden sollen, zählen u. a. die Legislativvorschläge des „Fit-for-55“-Pakets sowie die Überarbeitungen der Bauprodukten-Verordnung, der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme (IVS), der Verordnung über den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) und der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zum Arbeitsprogramm 2023](#) (in englischer Sprache)

[Anhänge zum Arbeitsprogramm 2023](#) (in englischer Sprache)

UKRAINE/EU

Kommission führt Machbarkeitsstudie zur Schienenverkehrsanbindung mit der Ukraine durch

Am 21.10.2022 haben die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) angekündigt, eine Machbarkeitsstudie zur besseren Schienenverkehrsanbindung der Ukraine und der Republik Moldau an das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) durchzuführen. Dieses Ziel wird im Rahmen der Überarbeitung der



TEN-V-Verordnung sowohl vom Europäischen Parlament (EB 13/22) als auch vom EU-Verkehrsrat unterstützt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Hauptproblem sind unterschiedliche EU-Eisenbahnspurweiten über die Grenzen von Polen und Rumänien, die den Gütertransport in beiden Richtungen erschweren. Der technische Beratungsdienst der EIB, JASPERS, ist damit beauftragt, die Studie in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern bis Mai 2023 fertigzustellen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EIB](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSPOLITIK

Ergebnisse des informellen EU-Verkehrsrats am 20./21.10.2022 in Prag

Am 20./21.10.2022 fand ein informeller EU-Verkehrsrat unter tschechischer EU-Ratspräsidentschaft in Prag statt. Der letzte formelle EU-Verkehrsrat tagte am 02.06.2022 in Luxemburg (EB 10/22). Im Mittelpunkt stand der Ausbau des Schienenverkehrs, die Energiepreise und die Gestaltung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V). Für eine Stärkung des Schienenpersonenverkehrs soll die Zahl der Nutzer des Hochgeschwindigkeitsnetzes bis 2030 verdoppelt werden. Gleichzeitig müssen Hindernisse, wie unkoordinierte Fahrpläne, das Fehlen eines europaweiten E-Tickets und verschiedene technische Standards und Zertifikate, überwunden werden. Zudem ist der Schienenverkehr von den hohen Energiepreisen betroffen. Der EU-Verkehrsrat war sich einig, dass die Elektrifizierung des europäischen Eisenbahnnetzes fortgesetzt werden müsse. Die Energieintensität soll durch praktische Maßnahmen, wie die Anschaffung effizienterer Fahrzeuge mit Energierückgewinnung, der Vereinheitlichung der Stromversorgungssysteme und die Nutzung lokaler erneuerbarer Energiequellen, verringert werden. Darüber hinaus soll die Überarbeitung der TEN-V-Verordnung vorsehen, dass Verkehrskorridore mit der Ukraine und der Republik Moldau eingerichtet werden. Der nächste formelle EU-Verkehrsrat findet voraussichtlich am 05.12.2022 in Brüssel statt.

[Pressemitteilung der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

[Tagesordnung zum EU-Verkehrsrat](#) (in englischer Sprache)

LUFTVERKEHR

EU und ASEAN unterzeichnen Luftverkehrsabkommen

Am 17.10.2022 haben die EU und der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ein umfassendes Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Ziel ist es, die Direktverbindungen zwischen beiden Regionen weiter auszubauen und durch die Festlegung gemeinsamer Standards zur Verbesserung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beizutragen. Das Abkommen ersetzt mehr als 140 bilaterale Luftverkehrsabkommen und bietet rund 1,1 Mrd. Menschen eine bessere Konnektivität. Alle Luftfahrtunternehmen der EU und in den ASEAN-Staaten erhalten die Möglichkeit, Direktflüge zu jedem Flughafen in den beiden Regionen aufzunehmen. Dies umfasst u. a. bis zu 14 wöchentliche Passagierflüge mit



jedem EU-Mitgliedstaat sowie eine beliebige Anzahl von Frachtflügen über beide Regionen in jedes andere Drittland. Das Abkommen ist ab sofort gültig. Im nächsten Schritt werden die Parteien den Ratifizierungsprozess gemäß ihren jeweiligen Verfahren einleiten, um das Abkommen in Kraft zu setzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zum Luftverkehrsabkommen](#)

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) fest

Am 19.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt zur Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) mit 485 Stimmen bei 65 Gegenstimmen und 80 Enthaltungen angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Bereits Anfang Oktober 2022 hatte der federführende Verkehrsausschuss des EP (TRAN) den Berichtsentwurf des Berichterstatters MdEP *Ismail Ertug* (S&D/DEU) angenommen. Die Verordnung sieht u. a. vor, dass es bis 2026 alle 60 km mindestens eine Ladestation für Elektroautos entlang der Hauptverkehrsstraßen der EU geben soll. Diese Anforderung soll auch für Lkw und Busse gelten, allerdings nur im Kernnetz der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) mit entsprechendem Verkehrsaufkommen. Daneben sollen bereits bis 2028 alle 100 km eine Wasserstofftankstelle entlang der Hauptverkehrsstraßen der EU eingerichtet werden. Darüber hinaus fordern die Europaabgeordneten, dass die EU-Mitgliedstaaten bis 2024 einen Ausbauplan vorlegen, und dass bis 2027 eine EU-Datenbank zu alternativen Kraftstoffen aufgebaut wird, um Informationen über Verfügbarkeit, Wartezeiten und Preise an Tankstellen in ganz Europa zugänglich zu machen. Nachdem der Rat bereits am 02.06.2022 seinen Standpunkt zur AFIR festgelegt hat (EB 10/22), können nun die abschließenden Trilog-Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung des EP](#)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Nutzung erneuerbaren und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr (FuelEU Maritime) fest

Am 19.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt zur Verordnung über die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr (FuelEU Maritime) mit 451 Stimmen bei 137 Gegenstimmen und 54 Enthaltungen angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Bereits Anfang Oktober 2022 hatte der federführende Verkehrsausschuss des EP (TRAN) den Berichtsentwurf des Berichterstatters MdEP *Jörgen Warborn* (EVP/SWE) angenommen. Die Verordnung sieht u. a. vor, dass Schiffe mit mehr als 5.000 BRT ihre Emissionen ab 2025 um 2 %, ab 2035 um 20 % und ab 2050 um 80 %



gegenüber dem Stand von 2020 reduzieren. Die Reduktionsziele sollen für die gesamte an Bord verbrauchte Energie in oder zwischen EU-Häfen gelten. Wenn der Abfahrts- oder Ankunftshafen außerhalb der EU liegt, würden die Reduktionsziele für auf Reisen verbrauchte Energie noch immer zu 50 % gelten. Darüber hinaus fordern die Europaabgeordneten, dass in der Seeschifffahrt ab 2030 mindestens 2 % erneuerbare Kraftstoffe verwendet werden. Container- und Fahrgastschiffe sollen ab 2030 während der Liegezeit in den wichtigsten EU-Häfen Landstrom nutzen. Das EP spricht sich für die Einführung von finanziellen Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen aus, deren Einnahmen für die Dekarbonisierung des Seeverkehrs verwendet werden sollen. Nachdem der Rat bereits am 02.06.2022 seinen Standpunkt zu FuelEU Maritime festgelegt hat (EB 10/22), können nun die abschließenden Trilog-Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung des EP](#)

BAUEN UND WOHNEN

Rat legt Standpunkt zur Energieeffizienz von Gebäuden (EPBD) fest

Am 25.10.2022 hat der Rat seinen Standpunkt zur Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) festgelegt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Die Kommission hatte ihren Vorschlag am 15.12.2021 vorgelegt (EB 20/21). Ziel ist es, dass alle neuen Gebäude bis 2030 emissionsfrei sind (neue Gebäude öffentlicher Einrichtungen bereits 2028) und Bestandsgebäude bis 2050 in Nullemissionsgebäude umgebaut werden. Für Bestandsgebäude sollen Mindestvorgaben für die Gesamtenergieeffizienz eingeführt werden, um Anreize für Renovierungen zu schaffen. Daneben sollen für bestehende Nichtwohngebäude maximale Schwellenwerte für die Gesamtenergieeffizienz auf Grundlage des Primärenergieverbrauchs festgelegt werden. Für bestehende Wohngebäude möchte der Rat Mindestvorgaben für die Gesamtenergieeffizienz auf der Grundlage eines nationalen Pfads für eine schrittweise Renovierung des Bestands zu Nullemissionsgebäuden bis 2050 festlegen. Darüber hinaus wird für die Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz eine neue Kategorie für Nullemissionsgebäude eingeführt. Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich auf die Installation geeigneter Solarenergieanlagen u. a. auf allen neuen öffentlichen Gebäuden bis zum 31.12.2026 und auf allen bestehenden öffentlichen Gebäuden bis zum 31.12.2027. Zudem werden Anforderungen zur Verkabelung für die Infrastruktur für Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorgeschrieben. Ferner wurde ein freiwilliger Renovierungspass für Gebäude eingeführt. Der erste nationale Gebäuderenovierungsplan soll bis zum 30.06.2026 vorgelegt und danach alle fünf Jahre veröffentlicht werden. Sobald das Europäische Parlament seinen Standpunkt festgelegt hat, können die abschließenden Trilog-Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Standpunkt des Rates](#)



Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für August 2022

Am 19.10.2022 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für August 2022 veröffentlicht (EB 15/22). Danach stieg diese in der EU gegenüber August 2021 um +2,8 %. Die Bautätigkeit stieg im Hochbau um +3,1 % und im Tiefbau um +0,5 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Slowenien (+30,2 %), Rumänien (+15,8 %) und Österreich (+13,7 %) verzeichnet. Die höchsten Rückgänge gab es in Spanien (-5,6 %), den Niederlanden (-1,7 %) und Tschechien (-0,3 %). In Deutschland stieg die Produktion im Baugewerbe um +0,4 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Rat erörtert Rechtsstaatlichkeit in Polen

Die Ministerrunde in der Formation Rat für Allgemeine Angelegenheiten erörterte am 18.10.2022 u. a. die Entwicklungen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in Polen. Es handelte sich nicht um eine förmliche Anhörung im Rahmen des Art. 7 Abs. 1 EUV, sondern um einen reinen Sachstandsbericht. Im Zentrum standen Bedenken betreffend die Unabhängigkeit der Justiz in Polen. Die Kommission informierte die Ministerinnen und Minister etwa über die von der polnischen Regierung auf den Weg gebrachte Reform der Disziplinarregelung für polnische Richter (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung](#)

Einheitliches Patentgericht: Richter am Bundesgerichtshof wird Präsident am Berufungsgericht

Am 18.10.2022 wurde Richter am Bundesgerichtshof (BGH) *Dr. Klaus Grabinski* für sechs Jahre zum Richter am Berufungsgericht des Einheitlichen Patentgerichts ernannt. Präsidentin des Gerichts erster Instanz wird die Französin *Florence Butin*. Beide werden das Einheitliche Patentgericht leiten. Insgesamt wurden 85 Richterinnen und Richter (34 juristische und 51 technische) bekannt gegeben, die mit Wirksamwerden des internationalen Übereinkommens zur Schaffung des Einheitlichen Patentgerichts ihr Amt antreten werden. Das Einheitliche Patentgericht wird voraussichtlich im April 2023 seine Arbeit aufnehmen.

[Pressemitteilung des Einheitlichen Patentgerichts](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des BGH](#)

Europäische Staatsanwaltschaft ermittelt zu Impfstoff-Käufen der EU

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) bestätigte am 14.10.2022, dass sie Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von COVID-19 Impfstoffen in der EU führt. Diese Bestätigung erfolgte aufgrund des hohen öffentlichen Interesses. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekannt gegeben.

[Pressemitteilung der EUSTa](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Fluglinien haften nach dem Übereinkommen von Montreal auch für psychische Unfallfolgen

Fluggäste können für psychische Beeinträchtigungen, die sie aufgrund einer Notfalleвакуierung des Flugzeugs erlitten haben, Schadensersatzansprüche gegen die verantwortliche Fluglinie geltend machen. Das entschied der EuGH am 20.10.2022 (Rs. C-111/21). Zugrunde lag ein Rechtsstreit zwischen einer Flugreisenden und Laudamotion vor dem österreichischen Obersten Gerichtshof. Laudamotion war der Ansicht, dass Art. 17 Abs. 1 des Übereinkommens zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Übereinkommen von Montreal), das hier ausschließlich anwendbar sei, eine Haftung nur für



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 17/2022 vom 28.10.2022



Körperverletzungen im eigentlichen Sinne, nicht aber für bloß psychische Beeinträchtigungen vorsieht. Der Oberste Gerichtshof hat hierzu den EuGH um Auslegung des Übereinkommens ersucht. Der EuGH verwies nun auf die Entstehungsgeschichte und Ziele des Übereinkommens von Montreal. Danach könne auch eine Beeinträchtigung der psychischen Integrität als Körperverletzung gelten. Beides sei vergleichbar, wenn sie „von solcher Schwere oder Intensität“ sei, dass sie sich auf den allgemeinen Gesundheitszustand auswirke und „nicht ohne ärztliche Behandlung abklingen kann.“

[Urteil des EuGH](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

ERC vergibt Synergy Grants an 29 Forschergruppen

Am 25.10.2022 hat der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) die Empfänger der diesjährigen Synergy Grants bekanntgegeben. Mit diesen werden bahnbrechende Grundlagenforschungsprojekte gefördert, in denen sich zwei bis vier Forscherinnen und Forscher zusammengeschlossen haben, um ihre Expertisen zu bündeln. Insgesamt erhalten 29 Forschergruppen jeweils eine Förderung in Höhe von 10 Mio. € für sechs Jahre, mit denen die Projekte entscheidend vorangebracht werden können.

Das erfolgreichste Teilnehmerland ist Deutschland, wo 23 der ausgezeichneten Forscher ansässig sind. An bayerischen Universitäten sind drei Forscher tätig (zwei an der Universität Regensburg, einer an der Ludwig-Maximilians-Universität München).

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[Liste der Grantees](#)

[Beispiele geförderter Projekte](#) (in englischer Sprache)

[Informationen zu den Synergy Grants](#) (in englischer Sprache)

Europäischer Innovationsrat vergibt Pathfinder-Förderung an 57 Projekte

Am 18.10.2022 hat der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) bekanntgegeben, dass im Rahmen seines Pathfinder Open Calls 2022 57 Kooperationsprojekte mit insgesamt rund 183 Mio. € gefördert werden. Die ausgewählten Projekte sollen neuartige Technologien für künftige Anwendungen in einem breiten Spektrum von Themenbereichen wie Gesundheit, Umwelt, Energie, Computer und künstliche Intelligenz entwickeln.

Dem EIC, der mit dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa neu eingeführt wurde, stehen bis 2027 mehr als 10 Mrd. € zur Verfügung, um Innovationen und deren Überführung in die Marktreife zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei innovations- und forschungsstarke Unternehmen und Start-Ups. Mit dem EIC-Pathfinder existiert aber auch ein Förderinstrument, mit dem multidisziplinäre Forschungsteams aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen bei ihrer visionären Forschung unterstützt werden. Eines der in diesem Call erfolgreichen Projekte wird von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und eines vom Klinikum Nürnberg koordiniert.

[Pressemitteilung des EIC](#) (in englischer Sprache)

[Liste der Projekte](#)



49 neue Weltraumforschungsprojekte werden unter Horizont Europa gefördert

Die Kommission hat am 19.10.2022 bekanntgegeben, dass im kommenden Jahr 49 neue Weltraumforschungsprojekte mit insgesamt rund 200 Mio. € aus dem Cluster 4 („Digital, Industry and Space“) von Horizont Europa gefördert werden. Diese werden von der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) und der EU-Raumfahrtprogrammagentur (EUSPA) durchgeführt werden. Die ausgewählten Projekte sollen die Wettbewerbsfähigkeit und technologische Unabhängigkeit des EU-Raumfahrtsektors fördern. Außerdem sollen die ausgewählten Projekte entscheidend dazu beitragen, den europäischen Zugang zum Weltraum zu verbessern und Zukunftstechnologien wie Quantenphysik, Meteorologie, Klimatechnik und Messtechnik voranzubringen.

Für raumfahrtbezogene Projekte werden während der siebenjährigen Laufzeit von Horizont Europa voraussichtlich fast 1,6 Mrd. € zur Verfügung stehen, was einem Durchschnitt von 225 Mio. € pro Jahr entspricht.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht der Projekte](#) (in englischer Sprache)

Kommission verabschiedet überarbeiteten Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Die Kommission hat am 19.10.2022 eine überarbeitete Mitteilung über staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation („FEI-Rahmen 2022“) angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Darin ist festgelegt, welche Regelungen die Mitgliedstaaten bei der Gewährung staatlicher Beihilfen für FEI-Tätigkeiten von Unternehmen beachten müssen, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Durch die neuen Vorschriften sollen insbesondere bestehende Begriffsbestimmungen für Forschungs- und Innovationstätigkeiten aktualisiert, öffentliche Unterstützung für Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen ermöglicht sowie bestimmte Vorschriften vereinfacht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Euro-Gruppe am 14.10.2022: transatlantischer makroökonomischer Ausblick und transatlantische Risiken

Am 14.10.2022 fand eine informelle Sitzung der Euro-Gruppe im inklusiven Format statt. An der Sitzung nahmen US-Finanzministerin *Janet Yellen*, geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds *Kristalina Georgieva* und Präsidentin der Europäischen Zentralbank *Christine Lagarde* teil.

Der einzige Tagesordnungspunkt betraf das globale Wirtschaftswachstum und die aktuellen Risiken, die vom Ukraine-Krieg und von der Energiekrise ausgehen. Die Minister wiesen dabei auf eine erforderliche enge Kooperation zwischen Europa und Amerika sowie auf die gemeinsamen Werte hin, die beide Kontinente verbinden: u. a. Freiheit, Demokratie, Achtung von Menschenrechten, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Sie diskutierten über mögliche Lösungen für die aktuellen großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen, die ein Land allein, egal wie groß es ist, nicht bewältigen kann. Sie betonten, dass eine enge Zusammenarbeit und Kooperation wichtiger als je zuvor sind. Im Hinblick auf die Einführung eines globalen Mindeststeuersatzes für multinationale Konzerne (OECD-Abkommen) teilte Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* mit, dass die Kommission bereit sei, „alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel zu nutzen, um das Ziel in den nächsten Monaten zu erreichen“.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 14.10.2022](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 14.10.2022](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen von Kommissar *Gentiloni* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 14.10.2022](#) (in englischer Sprache)

[Aufzeichnung der Pressekonferenz am 14.10.2022](#)

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH

Die Kommission hat am 18.10.2022 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 vorgelegt (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

Im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik wurden u. a. folgende Initiativen vorgestellt:

- Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021 - 2027 (Q2 2023): Die Halbzeitüberprüfung des MFR im Jahr 2023 werde laut Kommissionsprogramm eine Gelegenheit bieten, um neu zu bewerten, ob er ausreichende Mittel für die gemeinsamen Herausforderungen bereitstelle.



- Überprüfung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens (Q1 2023): Am 09.11.2022 möchte die Kommission ihre Ideen vorstellen, wie sie den Stabilitäts- und Wachstumspakt überarbeiten will, mit dem Ziel, einen EU-weiten Konsens noch im Jahr 2022 zu erzielen.
- Vorschlag für weitere Eigenmittel des EU-Haushalts (Q3, 2023): Sie sollen auf dem Vorschlag zu „Business in Europe: Framework for Income Taxation“ (BEFIT) aufbauen. Die sog. Finanztransaktionssteuer wird nicht mehr erwähnt.
- Vorschlag für eine einheitliche Unternehmensbesteuerung (BEFIT) (Q3 2023).
- Vorschlag für die Einführung des digitalen Euro (Q2 2023).

Im Bereich „Förderung unserer europäischen Lebensweise“:

- Aktualisierung des EU-Rahmens für Lernmobilität (Q3 2023);
- Vorschläge zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen (Q3 2023);
- Akademie für Cybersicherheitskompetenzen (Q3 2023).

[Website zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2023](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung

Am 17.10.2022 nahmen Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament, die der Grünen/EFA-Fraktion angehören, eine Stellungnahme mit der Forderung nach der Reformierung des europäischen Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung (u. a. Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)) an.

Die Grünen/EFA-Fraktion fordert die Abkehr von einem kohlenstoffintensiven Wachstumsmodell, sodass Investitionen, welche als nachhaltig gelten, bevorzugt behandelt werden sollen. Hierbei plädieren die ECON-Abgeordneten der Fraktion nicht für einen völligen Ausschluss dieser Investitionen aus dem SWP, sondern für die Einführung einer „grünen goldenen Regel“. Diese solle es ermöglichen, grüne und soziale Investitionen verteilt über ihren vollständigen Lebenszyklus „zu amortisieren“. Hinsichtlich des Schuldenabbaus solle die sog. 1/20-Regel keine Anwendung finden. Vielmehr solle auf der Grundlage von Faktoren (etwa Verhältnis zwischen den Zinssätzen und dem Wachstumsniveau, zwischen der Anfangsverschuldung und der Zusammensetzung der öffentlichen Verschuldung) differenziert bewertet werden.



EU-HAUSHALT

Europäischer Rechnungshof: Prüfer finden mehr Fehler bei EU-Ausgaben

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 13.10.2022 seinen Jahresbericht für das Haushaltsjahr 2021. Laut Bericht haben die Fehler bei den Ausgaben aus dem EU-Haushalt zugenommen. Die entsprechende Gesamtfehlerquote ist auf 3,0 % gestiegen (2020: 2,7 %). Fast zwei Drittel der geprüften Ausgaben (63,2 %) gelten als mit einem hohen Risiko verbunden (2020: 59 %). Nach Einschätzung der Prüfer gehen viele der Fehler auf die starke Ausweitung des EU-Haushaltes infolge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges zurück.

In diesem Jahr erstreckte sich die Prüfung erstmals auch auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Zwar wurde im Jahr 2021 nur eine einzige Zahlung aus der ARF geleistet, und zwar an Spanien. Die Prüfer stellten fest, dass eines der 52 Etappenziele des spanischen Zahlungsantrags nicht vollständig erreicht worden war. Die Prüfer ermittelten Schwachstellen bei der Bewertung der Etappenziele durch die Kommission und fordern Verbesserungen bei künftigen Bewertungen dieser Art.

[Pressemitteilung des EuRH vom 13.10.2022](#)

[Jahresberichte zum Haushaltsjahr 2021](#)

Europäisches Parlament zeigt sich besorgt über die Regeln zur Kontrolle der Ausgaben im Rahmen von NextGenerationEU

Während einer Debatte über den Jahresbericht 2021 des Europäischen Rechnungshofes (ERH) am 19.10.2022 zeigten sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments besorgt über die Regeln zur Kontrolle der Ausgaben im Rahmen von NextGenerationEU. Dies basierte auf der Kritik, welche der ERH im Zuge der Überprüfung einer Zahlung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität an Spanien äußerte. Hierbei forderte der Präsident des ERH *Tony Murphy*, dass die Verantwortung und Rollen der verschiedenen Akteure sowie das Bestehen von Lücken in der Rechenschaftspflicht geklärt werden müssen. Haushaltskommissar *Johannes Hahn* verwies auf die Durchführung von Kontrollen und Prüfungen während des gesamten Ausgabenzyklus. Diese umfassen eine Überprüfung, ob die Mitgliedstaaten über solide interne Kontrollsysteme verfügen sowie ob Meilensteine und Ziele erreicht wurden, eine Bewertung vor der Auszahlung und eine risikobasierte Ex-post-Kontrolle danach. Die Abgeordneten zweifelten an der Wirksamkeit der Kontrollen, insbesondere mit Blick auf Länder wie Ungarn, die systematische Versäumnisse im Kampf gegen Korruption und Interessenskonflikte aufweisen. Zudem waren sie über die vom ERH geschätzte Gesamtfehlerquote von 3 % besorgt und forderten abschließend absolute Transparenz bei der Verwendung von EU-Mitteln.

Standpunkt des Europäischen Parlaments zum EU-Haushalt 2023

Am 19.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) über seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2023 abgestimmt sowie eine legislative Entschließung mit 421 Stimmen bei 137 Gegenstimmen und 82 Enthaltungen



gefasst. Die Abgeordneten fordern einen Haushalt, der die Folgen des Krieges in der Ukraine, die Auswirkungen der Pandemie und die Energiekrise besser berücksichtigt. Die vom Rat vorgenommenen Kürzungen (ca. 1,64 Mrd. €) wurden fast vollständig rückgängig gemacht. Damit hat das EP den vom BUDG-Ausschuss vorbereiteten Standpunkt gebilligt und den Haushaltsentwurf wieder auf das von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene Niveau gebracht.

Das EP hat den Gesamtumfang der Mittel für den Haushaltsplan 2023 auf ca. 187,3 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen festgesetzt, was einer Aufstockung um 1,7 Mrd. € gegenüber dem Kommissionsentwurf des Haushaltsplans entspricht. Der Gesamtbetrag der Zahlungsermächtigungen wurde auf 167,6 Mrd. € festgelegt. Zur Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine fügte das EP dem Kommissionsvorschlag zusätzliche 853 Mio. € hinzu (u. a. für humanitäre Hilfe sowie Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds). Mit zusätzlichen 533 Mio. € wollen die Abgeordneten die Energieunabhängigkeit der EU erhöhen, die Bürger und kleine und mittlere Unternehmen bei ihren hohen Energierechnungen entlasten sowie zugleich den grünen Übergang und die biologische Vielfalt fördern.

[Entschließung zum Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2023](#)

STEUERN

FISC-Ausschusssitzung am 13.10.2022: u. a. umgesetzte nationale Steuerreformen und Bekämpfung aggressiver Steuermodelle in den Niederlanden

Am 13.10.2022 fand eine Sitzung des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC) im Europäischen Parlament (EP) statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: umgesetzte nationale Steuerreformen und Bekämpfung aggressiver Steuermodelle in den Niederlanden sowie öffentliche Anhörung zu dem Thema „Fallstudien zu den nationalen Steuerpolitiken der Mitgliedstaaten – Luxemburg: umgesetzte nationale Steuerreformen und Bekämpfung aggressiver Steuermodelle“.

Die Niederlande haben zur Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung einige Reformen durchgeführt und hierfür u. a. eine konditionelle Quellensteuer sowie die Besteuerung von Lizenzeinnahmen eingeführt. Zudem hat das Land in der Steuerpolitik teilweise Maßnahmen über die europäischen Vorgaben hinaus eingeführt: Es wurde u. a. beschlossen, Geldflüsse in Steuerparadiese im zweijährigen Turnus durch die niederländische Zentralbank zu überwachen.

[Videoaufzeichnung der Sitzung am 13.10.2022](#)

Öffentliche Konsultation zu einem neuen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung in der EU (BEFIT)

Am 13.10.2022 hat die Kommission eine gezielte öffentliche Konsultation zu einem neuen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung in der EU (Business in Europe: Framework for Income Taxation - BEFIT) gestartet. Diese läuft bis zum 05.01.2023. Die Kommission plant, im dritten Quartal 2023 einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.



Ziel der Initiative ist es, die Komplexität und hohen Kosten zu reduzieren, mit denen Unternehmen konfrontiert sind, wenn 27 unterschiedliche Körperschaftsteuersysteme bei grenzüberschreitenden Aktivitäten zur Anwendung kommen. Es sollte ein gemeinsames Regelwerk für die Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage der Unternehmen in der EU eingeführt und dabei eine effektivere Verteilung der Gewinne zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet werden.

Außerdem sollen Befolgungskosten reduziert und ein kohärenter Ansatz der Unternehmensbesteuerung in der EU geschaffen werden.

[Kommissionsinitiative zu BEFIT](#)

[Übersicht aller veröffentlichten Kommissionsinitiativen](#)

Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle („single window“) für den Zoll: Rat nimmt politische Einigung formell an

Am 24.10.2022 hat der Rat die am 19.05.2022 zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament (EP) erzielte politische Einigung zur Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle („single window“) für den Zoll förmlich gebilligt. Ziel ist es, den Handel zu erleichtern, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die digitale Zusammenarbeit zwischen den Behörden zu verbessern.

Die gebilligte Verordnung sollte auf der EP-Plenartagung im November (voraussichtlich in der Woche vom 21.-24.11.2022) unterzeichnet und anschließend im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden.

[Verordnung zur Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle der EU für den Zoll](#)

[Pressemitteilung des Rates vom 24.10.2022](#)

Öffentliche Konsultation zur Änderung der EU-Verordnung Nr. 389/2012 (Zusammenarbeit von Behörden bei Verbrauchssteuern)

Die Kommission hat am 25.10.2022 eine gezielte öffentliche Konsultation zur Änderung der EU-Verordnung Nr. 389/2012 gestartet. Es sollen Änderungen in Bezug auf den Austausch von in den elektronischen Verzeichnissen enthaltenen Angaben zu Wirtschaftsbeteiligten, die verbrauchsteuerpflichtige Waren zu gewerblichen Zwecken zwischen Mitgliedstaaten befördern, vorgenommen werden. Diese Konsultation läuft bis zum 20.12.2022.

Die Konsultation zielt darauf ab, den Anwendungsbereich der o. g. Verordnung zu erweitern, damit die Mitgliedstaaten Informationen nicht nur über Wirtschaftsbeteiligte austauschen, die verbrauchsteuerpflichtige Waren unter Aussetzung der Verbrauchsteuer befördern, sondern über alle Wirtschaftsbeteiligten (u. a. über die Beteiligten, die bereits versteuerte Waren befördern). Die entsprechenden Verfahren der Mitgliedstaaten werden somit aneinander angeglichen. Mit dieser Angleichung werden die Digitalisierung der Überwachung der Beförderungen von verbrauchsteuerpflichtigen Waren, die im Gebiet eines Mitgliedstaats in den steuerrechtlich freien Verkehr überführt worden sind und anschließend zur Lieferung zu gewerblichen Zwecken in das Gebiet



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 17/2022 vom 28.10.2022



eines anderen Mitgliedstaats verbracht werden, weiter vervollständigt und die Bekämpfung des Steuerbetrugs verbessert. Außerdem werden Verweise auf entsprechende EU-Verordnungen korrigiert bzw. ersetzt.

[Kommissionsinitiative zur Änderung der EU-Verordnung Nr. 389/2012](#)

[Übersicht aller veröffentlichten Kommissionsinitiativen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StWmi

Die Kommission hat am 18.10.2022 ihr Arbeitsprogramm 2023 vorgelegt (siehe auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Für den Geschäftsbereich des StWmi sind u. a. folgende Aspekte von Bedeutung: Die Kommission plant für Anfang 2023 eine umfassende Reform des EU-Strommarktes, die auch ein Entkoppeln der Strom- und Gaspreise beinhalten soll. Auch die Gründung einer neuen Europäischen Wasserstoffbank, die 3 Mrd. € in Maßnahmen zur Ankurbelung eines Wasserstoffmarkts in der EU investieren soll, ist angedacht.

Um strategisch unabhängiger zu werden, wird die Kommission Maßnahmen zur Sicherstellung eines angemessenen und diversifizierten Zugangs zu kritischen Rohstoffen vorschlagen. Die Überarbeitung der Zahlungsverzugsvorschriften solle insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zugutekommen.

Weitere Maßnahmen sind eine Überarbeitung der Chemikalienrichtlinie, eine Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung, eine Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027, ein Vorschlag für weitere neue EU-Eigenmittel, ein Vorschlag mit Grundsätzen für einen digitalen Euro, eine Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung

[Pressemittteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zum Arbeitsprogramm der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Liste der einzelnen Vorhaben der Kommission](#) (in englischer Sprache)

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Zahlungsverkehr: Kommission legt Vorschlag zur schnelleren Einführung von Euro-Sofortzahlungen vor

Die Kommission hat am 26.10.2022 eine Verordnung zur Beschleunigung der Einführung von Euro-Sofortzahlungen angenommen. Diese zielt darauf ab, dass alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, die in einem EU- oder EWR-Land ein Konto unterhalten, Zugang zu Sofortzahlungen in Euro erhalten sollen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Sofortzahlungen in Euro überall in der EU bezahlbar und sicher sind und problemlos abgewickelt werden können.

Der Vorschlag, mit dem die Verordnung über den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) von 2012 geändert und modernisiert werden soll, enthält vier Anforderungen für Euro-Sofortzahlungen: Allgemeine Verfügbarkeit von Euro-Sofortzahlungen, Bezahlbarkeit von Euro-Sofortzahlungen, Bildung von mehr Vertrauen in diese sowie eine reibungslose Bearbeitung.

Sofortzahlungen sind deutlich schneller als herkömmliche Überweisungen, da hierdurch Geld jederzeit und an allen Tagen innerhalb von zehn Sekunden von einem Konto aufs andere übertragen werden können.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungsvorschlag](#) (in englischer Sprache)

Green Deal: Europäisches Parlament legt Standpunkte zur AFIR (Infrastruktur alternative Kraftstoffe) und FuelEU Maritime fest

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 19.10.2022 im Rahmen ihrer Plenartagung ihren Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) angenommen. Die Verordnung zielt darauf ab, den Aufbau von Ladestationen oder alternativen Tankstellen (Elektro- und Wasserstofftankstellen) voranzutreiben. Im Vergleich zum Kommissionsvorschlag schlagen die Abgeordneten u. a. vor, mehr Wasserstofftankstellen entlang der Hauptverkehrsstraßen der EU einzurichten (alle 100 km statt alle 150 km bis 2028 statt bis 2031).

Ebenfalls angenommen wurde der Standpunkt zum Verordnungsvorschlag über die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr (FuelEU Maritime). Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen von Schiffen im Seeverkehr ab 2025 um 2 %, ab 2035 um 20 % (Kommissionsvorschlag 13 %) und ab 2050 um 80 % (Kommissionsvorschlag 75 %) zu senken.

Da der Rat seinen Standpunkt zu den beiden Vorschlägen bereits am 02.06.2022 (EB 10/22) festgelegt hat, können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Rat nimmt politische Einigung formell an

Der Rat hat am 24.10.2022 die im Juni zwischen Europäischen Parlament (EP), Rat und Kommission erzielte politische Einigung über den Richtlinienvorschlag für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets (EB 11/22) förmlich gebilligt. Damit gilt ab 2024, dass eine ganze Reihe elektronischer Geräte, darunter Mobiltelefone, Tablets und Kameras, mit einem USB-Anschluss vom Typ C ausgerüstet sein müssen und mit demselben Ladegerät geladen werden können. 40 Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie gilt das auch für Laptops. Mit dem einheitlichen Ladegerät soll für mehr Verbraucherfreundlichkeit gesorgt werden und weniger Elektronikabfall entstehen.

Nachdem der Rat die Einigung förmlich gebilligt hat, kann diese am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Die neuen Vorschriften werden 24 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung zur Anwendung kommen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Green Deal: Politische Einigung zur Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge erzielt

Die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) haben am 27.10.2022 eine politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge erzielt. Der Vorschlag, den die Kommission am 14.07.2022 im Rahmen des Fit-for-55-Pakets vorgelegt hat (EB 13/21), sieht eine Reduzierung der Emissionen bis 2035 um 100 % im Vergleich zu 2021 vor. Die Zwischenziele für 2030 liegen bei 55 % (statt bisher 37,5 %) für Pkw und 50 % für die leichten Nutzfahrzeuge. Die Einigung fordert die Kommission zudem auf, einen Vorschlag für die Zulassung von Fahrzeugen zu unterbreiten, die nach 2035 ausschließlich mit synthetisch hergestellten Kraftstoffen (E-Fuels) betrieben werden. Schließlich soll die Kommission im Jahr 2026 die Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgaben und die Notwendigkeit ihrer Überprüfung bewerten. Sobald die Einigung von Rat und EP formal bestätigt wird, kann diese im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden und tritt anschließend in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Kapitalmarktunion: Politische Einigung zu europäischen langfristigen Investmentfonds erzielt

Die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) haben am 19.10.2022 eine politische Einigung über die Überarbeitung der Verordnung über europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF) erzielt. Die Verordnung zielt darauf ab, Investmentfonds attraktiver zu machen und enthält detaillierte Vorschriften für die Fonds über zulässige Vermögenswerte und Vertrieb. ELTIF sind die einzige Art von Fonds, die gezielt auf langfristige Anlagen ausgerichtet sind und grenzüberschreitend sowohl an professionelle Anleger als auch an Kleinanleger vertrieben werden können. Sobald die Einigung von Rat und EP formal bestätigt wird, kann diese im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden und tritt anschließend in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission konsultiert Mitgliedstaaten erneut zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Krisenrahmens

Die Kommission hat am 26.10.2022 eine weitere Konsultation gegenüber den Mitgliedstaaten zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine eingeleitet. Diese erfolgt aufgrund der bereits eingegangenen Rückmeldungen der letzten Konsultation Anfang Oktober (EB 16/22) und vor dem Hintergrund der jüngsten Vorschläge der Kommission im Energiebereich (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Es geht dabei insbesondere um eine gezielte Anpassung zur Ausweitung der Möglichkeit, Energieunternehmen öffentliche Garantien zu gewähren sowie um zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, die von hohen



Energiepreisen betroffen sind. Die Annahme des überarbeiteten Befristeten Krisenrahmens durch die Kommission soll Ende Oktober erfolgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission verabschiedet überarbeiteten Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Die Kommission hat am 19.10.2022 überarbeitete Vorschriften über staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI-Rahmen 2022) angenommen. Diese legen fest, welche Regelungen die Mitgliedstaaten bei der Gewährung staatlicher Beihilfen für FEI-Tätigkeiten von Unternehmen beachten müssen, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Die Annahme des FEI-Rahmens folgt auf die Evaluierung der bestehenden Vorschriften aus dem Jahr 2019 (EB 09/19). Durch die neuen Vorschriften sollen insbesondere bestehende Begriffsbestimmungen für Forschungs- und Innovationstätigkeiten aktualisiert, öffentliche Unterstützung für Erprobungs- und Versuchsinfrastrukturen ermöglicht sowie bestimmte Vorschriften vereinfacht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Deutschland gewährte meiste Beihilfen auf Grundlage des Befristeten COVID-19-Rahmens

Die Kommission hat am 17.10.2022 einen Kurzbericht zum Befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (EB 05/20) veröffentlicht. Der befristete Beihilferahmen ermöglichte es den Mitgliedstaaten, bedürftigen Unternehmen gezielte Unterstützungsmaßnahmen zukommen zu lassen. Deutschland hat in absoluten Zahlen nach vorläufigen Angaben mit 226 Mrd. € die meisten Beihilfen gewährt, gefolgt von Frankreich mit 223 Mrd. €.

Die Kommission hat in den Jahren 2020 und 2021 rund 1185 Genehmigungsentscheidungen auf Grundlage des Befristeten Rahmens getroffen: mehr als 865 nationale Maßnahmen wurden von den Mitgliedstaaten mit einem Gesamtbudget von über 3,1 Bio. € angemeldet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Kurzbericht zum Befristeten Krisenrahmen](#) (in englischer Sprache)

Kartellrecht: Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Handhabung der Kronzeugenregelung

Die Kommission hat am 25.10.2022 Leitlinien veröffentlicht, die darauf abzielen, Anträge auf Kronzeugenstatus durch mehr Transparenz, Berechenbarkeit und Zugänglichkeit zu erleichtern. Die Kronzeugenregelung der Kommission gibt den Unternehmen die Möglichkeit, ihre Beteiligung an einem Kartell vertraulich offenzulegen und während einer Untersuchung mit der Kommission zusammenzuarbeiten. Einem an einem Kartell beteiligten



Unternehmen, das als Kronzeuge mit der Kommission zusammenarbeitet, kann eine potenziell hohe Geldbuße vollständig oder teilweise erlassen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

EIC-Accelerator: Rund 400 Mio. € für innovative Start-ups in Europa – darunter drei aus Bayern

Die Kommission hat am 14.10.2022 bekannt gegeben, dass sie insgesamt 75 innovative Start-ups mit rund 400 Mio. € über die Accelerator-Förderung des Europäischen Forschungsrates (EIC) unterstützt. Der EIC-Accelerator unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Entwicklung und Umsetzung von bahnbrechenden Innovationen. Unter den Unternehmen sind acht Start-ups aus Deutschland wovon drei aus Bayern kommen. Die BlinkIn GmbH schafft mit ihrer BlinkIN Visual Assistance eine neue Kategorie von automatisierter visueller Unterstützung hin zu einem visuellen KI-Betriebssystem für Europa. Assistive Medizinroboter der ReActive Robotics GmbH sollen bei der Frühmobilisierung von Intensivpatienten unterstützen. Das Start-up FarmInsect GmbH ermöglicht es Landwirten, mittels einer automatisierten schlüsselfertigen Insektenzuchtfarm ihr eigenes nachhaltiges Insektenproteinfutter zu produzieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

EU-Australien: Rahmenabkommen in Kraft getreten

Am 21.10.2022 ist das neue Rahmenabkommen zwischen der EU und Australien offiziell in Kraft getreten. Das Abkommen zielt darauf ab, die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Australien zu festigen und eine engere Verbindung zwischen führenden Politikern, Unternehmen und der Zivilgesellschaft zu fördern. Es zielt dabei insbesondere auf die Bereiche Außenpolitik und Sicherheit, Entwicklung und humanitäre Hilfe, Wirtschaft und Handel, Justiz und rechtliche Zusammenarbeit, Forschung, Innovation und Informationsgesellschaft, Bildung und Kultur, Nachhaltige Entwicklung, Energie und Verkehr, Fischerei und maritime Angelegenheiten sowie Gesundheit ab. Der Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens wurde am 20.09.2022 angenommen (EB 15/22) und ebnete damit den Weg für das Inkrafttreten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

EU-USA: Zweiter gemeinsamer Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich

Am 13.10.2022 fand ein zweiter gemeinsamer Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich zwischen der Kommission, der Federal Trade Commission (Kartellbehörde der Vereinigten Staaten) sowie dem US-Justizministerium statt. Bei diesem Treffen ging es insbesondere darum, eine Bestandsaufnahme der Fortschritte bei ihren Kooperationsbemühungen zur Gewährleistung und Förderung eines fairen Wettbewerbs



im digitalen Sektor seit dem ersten Treffen im Dezember 2021 (EB 20/21) vorzunehmen. Gegenstand der Gespräche waren u. a. die Bedeutung einer vorausschauenden Analyse im Technologiebereich, um künftige Schlüsselmärkte und Probleme zu ermitteln, die im digitalen Sektor auftreten können sowie wirksame Abhilfemaßnahmen und die Notwendigkeit, die Fusionskontrollvorschriften in einer digitalisierten Wirtschaft zweckmäßig zu gestalten. Die drei Behörden kamen überein, dass es wichtig sei, die enge Zusammenarbeit im Technologiesektor fortzusetzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

ENERGIE

Hohe Energiepreise: Kommission legt neue Vorschläge im Gasbereich vor

Die Kommission hat am 18.10.2022 neue Vorschläge zur Bekämpfung der hohen Energiepreise vorgelegt. Das Energiepaket umfasst eine Verpflichtung zu gemeinsamen Gaseinkäufen in Höhe von mindestens 15 % des 90%igen Speicherziels, automatische Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, die keine bilateralen Solidaritätsabkommen geschlossen haben, einen neuen europäischen Index für die Preise von Flüssigerdgas sowie die Begrenzung der untertägigen Preisspitzen auf den Märkten für Energiederivate und der Preise für fossile Gastransaktionen. Nach Vorlage durch die Kommission ist eine schnelle Verabschiedung der vorgeschlagenen Verordnung durch die Mitgliedstaaten zu erwarten, da diese auf Art. 122 AEUV basieren soll. Dadurch ist eine Beteiligung des Europäischen Parlaments nicht vorgesehen und der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Hohe Energiepreise: Europäischer Rat nimmt Schlussfolgerungen an

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 20.10.2022 gemeinsame Schlussfolgerungen zu Energie und Wirtschaft angenommen (siehe auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Darin werden der Rat und die Kommission aufgefordert, dringend konkrete Beschlüsse über die Vorschläge der Kommission vom 18.10.2022 (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) sowie zusätzliche Maßnahmen wie einen befristeten EU-Rahmen zur Begrenzung des Gaspreises für die Stromerzeugung vorzulegen. Darüber hinaus hat der Europäische Rat u. a. die Kommission ersucht, die Arbeit an der Strukturreform des Strommarktes zu beschleunigen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Digitalisierung des Energiesektors: Kommission legt Aktionsplan vor

Die Kommission hat am 18.10.2022 einen Aktionsplan vorgelegt, in dem dargelegt wird, wie die Digitalisierung des Energiesektors zur Verbesserung der Effizienz und der Integration erneuerbarer Energien sowie zur



Kostensenkung für Verbraucher und Energieunternehmen beitragen kann. Zu den in den kommenden Monaten und Jahren geplanten Maßnahmen gehören eine verstärkte gemeinsame Datennutzung, die Förderung von Investitionen in die digitale Strominfrastruktur, die Unterstützung von Verbrauchern bei der Kontrolle ihres Energieverbrauchs und ihrer Rechnungen, die Stärkung der Cybersicherheit und die Kontrolle des Energieverbrauchs des IKT-Sektors.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Energierat: u. a. Austausch zum Dritten Energiepaket für Gas und zu den neuen Kommissionsvorschlägen im Gasbereich

Die Energieministerinnen und -minister haben am 25.10.2022 ihren Standpunkt zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) festgelegt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) sowie einen Austausch zum ebenfalls von der Kommission am 15.12.2021 (EB 20/21) vorgelegten Vorschlag zur Überarbeitung des Dritten Energiepakets für Gas und zum Kommissionsvorschlag vom 18.10.2022 für eine Verordnung des Rates zur Stärkung der Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung, des grenzüberschreitenden Gashandels und zuverlässiger Referenzpreise (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) geführt. Letzteres geschah im Lichte der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 21.10.2022 (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) und eines Non-Papers der Kommission über politische Optionen zur Abmilderung der Auswirkungen der Erdgaspreise auf die Stromrechnungen. Während die Minister die wichtigsten Grundsätze des Vorschlags begrüßten, ist mit konkreten Beschlüssen und einer Annahme der Verordnung erst auf dem nächsten außerordentlichen Energierat am 24.11.2022 zu rechnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Green Deal: Rat legt Standpunkt zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) fest

Der Rat hat am 25.10.2022 eine allgemeine Ausrichtung über den Kommissionsvorschlag vom 15.12.2021 (EB 20/21) zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) erzielt. Die Hauptziele der Überarbeitung bestehen darin, dass alle neuen Gebäude spätestens 2030 Nullemissionsgebäude sein sollten und dass bestehende Gebäude bis 2050 in Nullemissionsgebäude umgebaut werden sollten. Der Rat hat im Vergleich zum Kommissionsvorschlag in Bezug auf neue Gebäude die Frist für Gebäude im Eigentum öffentlicher Einrichtungen um ein Jahr verschoben und Ausnahmen für bestimmte Gebäude eingeführt. Während für bestehende Nichtwohngebäude Schwellenwerte für den Primärenergieverbrauch in den Jahren 2030 und 2034 festgelegt werden sollen, soll der bestehende Wohngebäudebestand bis 2033 der Gesamtenergieeffizienzklasse D genügen und bis 2040 ein Effizienzniveau erreichen, das sich aus einer schrittweisen Verringerung des durchschnittlichen Primärenergieverbrauchs von 2033 bis 2050 ergibt. Schließlich einigten sich die Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Vorschlags der Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans (EB 10/22) auf eine Installationspflicht geeigneter



Solarenergieanlagen. Sobald das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

REPowerEU: Ausschüsse des Europäischen Parlaments legen Standpunkt zur Integration von REPowerEU in die Aufbau- und Resilienzfazilität fest

Der Haushaltsausschuss (BUDG) und der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP) haben am 26.10.2022 den Entwurf für einen Bericht des EP zum Vorschlag für eine Verordnung über REPowerEU-Kapitel in den Aufbau- und Resilienzplänen angenommen. Der Verordnungsvorschlag ist Teil des von der Kommission am 18.05.2022 vorgelegten REPowerEU-Plans zur Beendigung der Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland (EB 10/22). Ähnlich der Ratsposition vom 04.10.2022 (EB 16/22) sollen die von der Kommission vorgeschlagenen zusätzlichen 20 Mrd. € an Finanzhilfen nicht aus einer Versteigerung aus der Marktstabilitätsreserve des EU-Emissionshandelssystems (EHS), sondern durch Vorziehung der EHS-Zertifikate bezogen und zusätzliche Zuschüsse unter Berücksichtigung der Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von Energie und fossilen Brennstoffen sowie des Anstiegs der energiebezogenen Kosten für Haushalte verteilt werden. Darüber hinaus wird die Kommission im Berichtsentwurf aufgefordert, zusätzliche Quellen für die Finanzierung von REPowerEU-Maßnahmen zu erschließen. Nachdem der Rat seine Position bereits festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen, sobald das Parlament als Ganzes den Entwurf der Verhandlungsposition gebilligt hat.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Global Gateway: EU und USA intensivieren Zusammenarbeit für Energie in Afrika

Die EU und die Vereinigten Staaten von Amerika haben am 14.10.2022 vereinbart, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, um nachhaltige Energie in Subsahara-Afrika zu fördern. Sie wollen hierzu das enorme Potenzial des Kontinents im Bereich der Erzeugung von erneuerbarer Energie besser erschließen und den lokalen Zugang zu erschwinglicher grüner Energie verbessern. Hierzu haben die EU und die USA eine neue Vereinbarung über eine engere Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Fokus soll dabei insbesondere auf kleinmaßstäblicher und unabhängiger Stromerzeugung (u. a. Elektrifizierung von Gesundheitseinrichtungen und Schulen), Energiespeicherung, Energieeffizienz und Ausbau von der Übertragungsleitungen, Stärkung der Rolle der Frau im Stromsektor, gegenseitigem Wissensaustausch sowie spezifischen Vorzeigeprojekten zur weiteren Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen liegen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Vereinbarung zwischen der EU und den USA](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Kommission schlägt strengere Luftqualitätsgrenzwerte für 2030 vor

Am 26.10.2022 hat die Kommission als Teil eines neuen „Null-Schadstoff-Pakets“ einen Vorschlag zur Novellierung der Luftqualitätsrichtlinie ([Richtlinie 2008/50/EG](#)) veröffentlicht. Es werden strengere EU-Luftqualitätsgrenzwerte für 2030 vorgeschlagen, um eine Anpassung an die bestehenden Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu erreichen. Der Jahresgrenzwert für Feinstaub (PM_{2,5}) soll ab 01.01.2030 um mehr als die Hälfte von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) auf 10 µg/m³ gesenkt werden. Der Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) soll ab 01.01.2030 um die Hälfte auf 20 µg/m³ (statt derzeit 40 µg/m³) abgesenkt werden. Bis spätestens 2050 wird neben den Bemühungen um Klimaneutralität eine Nullbelastung der Luft angestrebt. Ein Anspruch auf Entschädigung für gesundheitliche Schäden durch Luftverschmutzung soll für den Fall eines Verstoßes gegen die EU-Luftqualitätsvorgaben eingeführt werden. Klarstellungen und Erleichterungen sind beim Zugang zu Gerichten, für wirksamere Sanktionen und eine bessere Information der Öffentlichkeit über die Luftqualität vorgesehen. Die Überwachung und Modellierung der Luftqualität sollen verbessert werden.

[Pressemittteilung](#)

[Vorschlag zur Novellierung der Luftqualitätsvorgaben](#) (in englischer Sprache)

[FAQs](#) zu den neuen Luftqualitätsvorschriften

[Faktenblatt](#) zur Novellierung der Luftqualitätsvorgaben

[Faktenblatt](#) – Green Deal und die Verbesserung der Luftqualität

Kommission schlägt besseren Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser vor

Am 26.10.2022 hat die Kommission als Teil eines neuen „Null-Schadstoff-Pakets“ einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie und der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik veröffentlicht. Für einen verbesserten Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser sollen 25 Stoffe (wie z. B. PFAS – per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, Pestizide, Bisphenol A, Arzneimittel) neu in die Liste der zu kontrollierenden Schadstoffe aufgenommen werden. Bei 16 Stoffen (z. B. Schwermetalle, Industriechemikalien) sollen die Grenzwerte aktualisiert werden. Der Ansatz, um kumulative oder kombinierte Auswirkungen von Gemischen besser zu berücksichtigen, soll gestärkt werden. Als Erkenntnis aus dem Massenfischsterben in der Oder wird ein Vorschlag für verpflichtende Warnungen für nachgelagerte Flusseinzugsgebiete bei Störfällen unterbreitet. Ebenfalls sind Verbesserungen bei der Überwachung und der Berichterstattung vorgesehen. Künftige Aktualisierungen der Schadstofflisten sollen erleichtert durchgeführt werden können, um besser die wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigen zu können.



[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie und der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik](#) (in englischer Sprache)

[FAQs](#) Liste Grundwasser- und Oberflächengewässerschadstoffe

[Faktenblatt](#) Grundwasser- und Oberflächengewässerschadstoffe

Kommission veröffentlicht Vorschlag zur Novellierung der Kommunalabwasserrichtlinie

Am 26.10.2022 hat die Kommission als Teil eines neuen „Null-Schadstoff-Pakets“ einen Vorschlag für die Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser ([Richtlinie 91/271/EWG](#)) veröffentlicht. Darin ist eine Verpflichtung enthalten, wonach der Abwassersektor bis 2040 energieneutral (z. B. durch Verringerung des Energieverbrauchs, Nutzung größerer Flächen von Kläranlagen zur Erzeugung von Solar-/Windenergie, Förderung der Wiederverwendung von Wasser, Verwendung von Klärschlamm zur Erzeugung von Biogas) sein soll. Die Qualität des Klärschlammes soll verbessert werden, um eine bessere Wiederverwendung zu ermöglichen und einen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft zu leisten. Die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm soll verpflichtend werden. Die Beseitigung von Mikroschadstoffen soll durch einen zusätzlichen Behandlungsschritt erfolgen. Ein neues System der erweiterten Herstellerverantwortung soll eingeführt werden, damit die Hersteller von Mikroschadstoffen (insbesondere Arzneimittel, Kosmetika) für deren Beseitigung aufkommen. Das Abwasser soll systematisch auf verschiedene Viren (u. a. auch CoV-SARS-19) und antimikrobielle Resistenzen überprüft werden. Größere Städte (zunächst mit mehr als 100.000 Einwohnern) sollen verpflichtende integrierte Wasserbewirtschaftungspläne aufstellen, um insbesondere Sturzfluten besser vorzubeugen.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag zur Überprüfung der Kommunalabwasserrichtlinie](#) (in englischer Sprache)

[FAQs](#) zur Überprüfung der Kommunalabwasserrichtlinie

[Faktenblatt](#) zur Überprüfung der Kommunalabwässer

Kommission veröffentlicht EU-Fortschrittsbericht Klimapolitik 2022

Am 26.10.2022 hat die Kommission den EU-Fortschrittsbericht Klimapolitik 2022 veröffentlicht. Der Bericht stellt dar, dass die Treibhausgasemissionen in der EU 2021 im Vergleich zum von der COVID-19-Pandemie geprägten Jahr 2020 um 4,8 % angestiegen sind, allerdings noch 4 % unterhalb des Wertes aus dem Jahr 2019 lagen. Die Netto-Emissionen der EU unter Einschluss des Sektors der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF), verringerten sich um 30 % gegenüber 1990 und bleiben weitgehend auf Kurs um das EU-Ziel, mindestens 55 % der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 zu senken, zu erreichen. Betrachtet man die Sektoren, die vom EU-Emissionshandelssystem (ETS) erfasst werden (Energiewirtschaft, energieintensive Industrie und der innereuropäische Luftverkehr), beläuft sich der Anstieg der Emissionen im Jahr 2021 auf 6,6 % gegenüber 2020. Seit Einführung des ETS im Jahr 2005 sanken die in diesem System



erfassten Emissionen um ca. 34,6 %. Die nicht vom ETS erfassten Emissionen aus z. B. Verkehr, Gebäuden und Landwirtschaft stiegen im Betrachtungszeitraum um 3,5 %, wobei der Anstieg im Verkehrssektor über 7 % betrug und die Emissionen im Landwirtschaftssektor um 0,3 % zurückgingen. Eine Möglichkeit, Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu binden, bieten die natürlichen Kohlenstoffsenken in Vegetation und Boden. Deren Beitrag zur Entnahme von Kohlendioxid sank im Vergleich zu 1990 um 30 % u. a. aufgrund einer gestiegenen Nachfrage nach Holz und häufigeren natürlichen Störungsereignissen wie Stürmen und Schädlingsbefall. Ebenfalls am 26.10.2022 veröffentlichte die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) einen Bericht über Tendenzen und Prognosen zur Bewältigung des Klimawandels mit Fokus auf Treibhausgasausstoß und Energieverbrauch.

[Pressemitteilung](#) der Kommission (in englischer Sprache)

[EU-Fortschrittsbericht Klimapolitik 2022](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) der EEA (in englischer Sprache)

[Bericht Tendenzen und Prognosen in Europa 2022](#) (in englischer Sprache)

Eurobarometerumfrage ermittelt Besorgnis über die Luftqualität in der EU

Am 24.10.2022 hat Eurobarometer die Ergebnisse der Sonderumfrage zur Haltung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Luftqualität in der EU veröffentlicht. Nach dieser Umfrage besteht eine große Besorgnis über die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Gesundheit und die Umwelt. Viele befragte Personen sind der Auffassung, dass aufgrund der Luftverschmutzung ernsthafte Gesundheitsgefahren (insbesondere Atemwegserkrankungen (89 %), Asthma (88 %) und Herz-Kreislaufkrankungen (83 %) in den jeweiligen Mitgliedstaaten bestehen. Die durch Luftverschmutzung verursachte Versauerung von Gewässern sowie die Anreicherung von übermäßigen Nährstoffmengen im Wasser (Eutrophierung), die zu einem vermehrten Algenwachstum führen, werden zudem als Hauptfolgen der Verschlechterung der Wasserqualität benannt. Die Umfrage zeigt auch, dass die Bürgerinnen und Bürger schlecht über die bestehenden EU-Luftqualitätsnormen informiert sind. Nur 27 % der Befragten haben von EU-Luftqualitätsnormen bereits gehört. Eine große Mehrheit der Befragten (EU-Durchschnitt: 67 %), die sich der EU-Luftqualitätsnormen bewusst sind, sind der Auffassung, dass diese gestärkt werden sollten. Die Forderung nach weitergehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität ist in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt. Verschärfte Luftqualitätsnormen werden z. B. in Griechenland von 88 %, in Belgien von 74 %, in Deutschland von 62 % und in Rumänien von 55 % der Befragten befürwortet. Lediglich in fünf Mitgliedstaaten (Österreich: 48 %, Estland: 46 %, Bulgarien: 46 %, Lettland: 44 %, Tschechien: 41 %) besteht keine mehrheitliche Unterstützung für weitergehende Luftqualitätsvorgaben. Eine deutliche Mehrheit ist der Ansicht, dass die Luftverschmutzung auf internationaler Ebene angegangen werden sollte (65 %). Die Umfrage wurde vom 21.03.2022 - 20.04.2022 durchgeführt. Insgesamt wurden 26.509 Personen aus verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen im Namen der Kommission befragt.

[Pressemitteilung](#)

[Wesentliche Ergebnisse der Umfrage](#) (in englischer Sprache)



Rat billigt ehrgeiziges Verhandlungsmandat der EU für die Weltklimakonferenz

Am 24.10.2022 hat der Rat das Verhandlungsmandat der EU für die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP27) vom 06.11.2022 - 18.11.2022 in Ägypten gebilligt. Darin fordert der Rat von allen Ländern mehr Anstrengungen zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° C in Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen. Der Rat fordert alle Länder und insbesondere die großen Volkswirtschaften dazu auf, die national festgelegten Beiträge zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu überprüfen und zu erhöhen. Hinsichtlich der Beiträge der EU und ihrer Mitgliedstaaten soll die Aktualisierung baldmöglichst im Einklang mit dem endgültigen Ergebnis des „Fit for 55“-Gesetzspakets, das sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene befindet, erfolgen. Der Rat fordert von allen Ländern die Beschleunigung der Energiewende durch den schrittweisen Ausstieg aus der Kohlenutzung ohne CO₂-Abscheidung und die Beendigung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe. Darüber hinaus ruft der Rat zu mehr Anstrengung bei der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen auf und bekräftigt die Zusage der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Unterstützung der internationalen Klimafinanzierung. Der Rat geht davon aus, dass das Ziel der internationalen Klimafinanzierung, jährlich mindestens 100 Mrd. US \$ bereit zu stellen, 2023 erreicht wird.

[Pressemitteilung](#)

[Angenommener Text](#) (in englischer Sprache)

Rat billigt ehrgeiziges Verhandlungsmandat der EU für UN-Biodiversitätskonferenz

Am 24.10.2022 hat der Rat das Verhandlungsmandat der EU für die Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen (COP15) vom 07.12.2022 - 19.12.2022 in Kanada gebilligt. Ziel der Konferenz ist es, einen weltweiten Rahmen zur biologischen Vielfalt anzunehmen, in dem Ziele für weltweite Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Natur für das nächste Jahrzehnt verankert werden sollen. Der Rat spricht sich für einen ambitionierten und umfassenden Rahmen aus, der mittel- und langfristige Ziele einschließen soll. In diesem Rahmen sollen sowohl unmittelbare als auch mittelbare Ursachen des Verlusts der Artenvielfalt berücksichtigt werden. Im Bereich Naturschutz wird sich die EU dafür einsetzen, den wirksamen Schutz von mindestens 30 % der weltweiten Landflächen und 30 % der Ozeane in den Zielen und Vorgaben für 2030 zu verankern. Zudem zielt das Verhandlungsmandat u. a. ab auf die Aufnahme des Ziels der Wiederherstellung von 3 Mrd. Hektar geschädigter Land- und Süßwasserökosysteme und 3 Mrd. Hektar Meeresökosysteme, die Beendigung illegaler Ernten sowie des illegalen Handels mit wildlebenden Arten, die Verringerung der Verschmutzung aus allen Quellen und die Bekämpfung von Land- und Meeresnutzungsänderungen mit negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt in Ökosystemen. Hervorgehoben werden außerdem die Bedeutung der Finanzierung von Maßnahmen zugunsten der biologischen Vielfalt und die Notwendigkeit, die biologische Vielfalt sektorenübergreifend bei Plänen und Strategien zu berücksichtigen. Auch für eine effektive Kontrolle der Umsetzung durch einen verbindlichen Überwachungsrahmen spricht sich der Rat aus.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Text](#) (in englischer Sprache)



Europäisches Parlament fordert weltweite Erhöhung der Klimaziele vor der Weltklimakonferenz

Am 20.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) eine Entschließung zu der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP27) vom 06.11.2022 - 18.11.2022 in Ägypten, an der eine Delegation des EP teilnehmen wird, angenommen. Das EP fordert alle Staaten auf, ihre Klimaschutzziele für 2030 zu erhöhen, um die Erderwärmung gemäß dem Pariser Abkommen zu begrenzen. Die EU und alle G20-Staaten sollen dem EP zufolge eine Vorreiterrolle annehmen und sich noch vor der Konferenz zu ehrgeizigeren Treibhausgasminderungszielen verpflichten. Das EP betont die dringende Notwendigkeit, in diesem Jahrzehnt zu handeln, und kritisiert die mangelnde Transparenz vieler langfristiger Verpflichtungen zur Klimaneutralität. Zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei Klimaschutzmaßnahmen sollen laut dem EP die Industrieländer das Ziel der jährlichen Klimafinanzierung in Höhe von 100 Mrd. US \$ sicherstellen und die Auszahlung der Gelder soll bereits 2022 beginnen. In seiner Entschließung geht das EP auf die Klimakrise und den Verlust der Artenvielfalt ein und äußert seine Besorgnis angesichts eines Berichts des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zur Emissionslücke 2021, der selbst bei Realisierung ehrgeiziger nationaler Klimaschutzziele von einem Temperaturanstieg von 2,7° C ausgeht, während Ziel des Pariser Abkommens die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2° C ist und 1,5° C angestrebt werden. Die zügige Notwendigkeit der Reformierung des weltweiten Energiesystems zeigt sich dem EP zufolge im Krieg Russlands gegen die Ukraine.

[Pressemitteilung](#)

[Angenommene Texte](#)

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich Umwelt

Am 18.10.2022 hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2023 mit dem Titel „Eine Union, die entschlossen und geeint ist“ veröffentlicht. Das Arbeitsprogramm ist von den Schlussfolgerungen der Konferenz über die Zukunft Europas inspiriert und greift entsprechende Vorschläge auf. Das Arbeitsprogramm 2023 enthält insgesamt 43 neue politische Initiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der politischen Prioritäten der Kommission (Europäischer Grüner Deal; Ein Europa für das digitale Zeitalter; Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen; stärkeres Europa in der Welt; Förderung unserer europäischen Lebensweise; neuer Schwung für die Demokratie in Europa), acht Initiativen zur Überarbeitung von Rechtsvorschriften (sog. REFIT-Initiativen) und benennt 116 bestehende Gesetzgebungsvorschläge, die vorrangig verfolgt werden sollen. Für den Bereich Umwelt werden insbesondere folgende neue Initiativen angekündigt: Vorschläge für Rechtsvorschriften zu neuen genomischen Techniken werden für das zweite Quartal 2023 angekündigt. Der angekündigte Vorschlag zum „Bodengesundheitsgesetz“, das auf eine nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung der Böden in der EU abzielt, soll ebenfalls im zweiten Quartal 2023 veröffentlicht werden. Bei der Abfallvermeidung soll es einen Schwerpunkt in Bezug auf Lebensmittel- und Textilabfälle geben. Die Abfallrahmenrichtlinie soll mit entsprechenden Maßnahmen für ein verbessertes Textilrecycling und eine Verringerung der Lebensmittelverschwendung novelliert werden (Veröffentlichung zweites Quartal 2023). Ein umfassender



Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme soll ebenfalls geschaffen werden (drittes Quartal 2023). Mit einem „Frachtpaket“ sollen Maßnahmen zur Ökologisierung des Güterverkehrs initiiert werden, um die verkehrsbedingten Emissionen und die Umweltverschmutzung zu reduzieren (zweites und drittes Quartal).

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsprogramm 2023](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsprogramm 2023 mit Anhängen](#) (in englischer Sprache)

Risikobewertungskriterien von durch neue genomische Techniken erzeugte Pflanzen veröffentlicht

Am 18.10.2022 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Stellungnahme zu Hauptkriterien für eine Risikobewertung von Pflanzen, die durch neue genomische Techniken erzeugt werden, veröffentlicht. Die Veröffentlichung bezieht sich auf die gezielte Mutagenese, Cisgenese und Intragenese. Dies sind gentechnische Verfahren, die die genetische Struktur eines Organismus verändern, entfernen oder einführen. Insgesamt werden sechs Kriterien identifiziert, die sich auf die molekulare Charakterisierung der in der Empfängerpflanze eingeführten genetischen Veränderung beziehen. Die Stellungnahme der EFSA dient der Kommission als Grundlage zur Erarbeitung des für das zweite Quartal 2023 angekündigten Vorschlags für Rechtsvorschriften, die mit bestimmten neuen Genomtechniken erzeugt wurden. Die EFSA hat für den 12.12.2022 eine öffentliche Podiumsdiskussion zur Risikobewertung und wissenschaftlichen Aspekten neuer genomischer Techniken angekündigt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[EFSA-Kriterien zur Risikobewertung](#) (in englischer Sprache)

[Aktualisierte Stellungnahme EFSA](#) (in englischer Sprache)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen bei Tiertransporten veröffentlicht

Am 25.10.2022 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ([EFSA](#)) das Gutachten zur Bewertung des Übertragungsrisikos von Antibiotikaresistenzen bei Tiertransporten veröffentlicht. Die wichtigsten Risikofaktoren, Maßnahmen zur Vermeidung und Eindämmung sowie der erforderliche weitere Forschungsbedarf werden in dem wissenschaftlichen Gutachten aufgezeigt. Das Vorhandensein resistenter Bakterien bei Tieren vor dem Transport ist ein Hauptrisikofaktor, der zur Übertragung von Antibiotikaresistenzen beiträgt. Ein höheres Risiko wird zudem für lange Transporte, die Ruhezeiten in Sammelstellen und an Kontrollpunkten bedingen, festgestellt, weil Tiere aus mehreren landwirtschaftlichen Betrieben in Kontakt kommen. Insbesondere die Minimierung der Transportdauer, die gründliche Reinigung von Fahrzeugen, Ausrüstung sowie Lade- bzw. Entladebereichen werden als wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung resistenter Bakterien bei Tiertransporten angeführt. Zudem bedarf es weiterer Forschung, da



spezifische wissenschaftliche Studien zur Verbreitung von Antibiotikaresistenzen bei Tieren während des Tiertransports in bestimmten Bereichen bislang nicht vorliegen. Die Ergebnisse des Gutachtens ergänzen die [Empfehlungen](#) der EFSA zur Verbesserung des Wohlergehens bei Tiertransporten, die bereits am 07.09.2022 veröffentlicht wurden.

[Pressemitteilung](#)

[Gutachten](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich Verbraucherschutz

Am 18.10.2022 hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2023 mit dem Titel „Eine Union, die entschlossen und geeint ist“ veröffentlicht. Das Arbeitsprogramm ist von den Schlussfolgerungen der Konferenz über die Zukunft Europas inspiriert und greift entsprechende Vorschläge auf. Das Arbeitsprogramm 2023 enthält insgesamt 43 neue politische Initiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der politischen Prioritäten der Kommission (Europäischer Grüner Deal; Ein Europa für das digitale Zeitalter; Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen; stärkeres Europa in der Welt; Förderung unserer europäischen Lebensweise; neuer Schwung für die Demokratie in Europa), acht Initiativen zur Überarbeitung von Rechtsvorschriften (sog. REFIT-Initiativen) und benennt 116 bestehende Gesetzgebungsvorschläge, die vorrangig verfolgt werden sollen. Für den Bereich Verbraucherschutz werden insbesondere Vorschläge zur Novellierung der Chemikalienverordnung REACH und zu EU-Vorschriften zum Zugang zu Chemikaliendaten für das vierte Quartal 2023 angekündigt. Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetze sollen die Empfehlungen der Europäischen Bürgerinitiative „Schluss mit der Käfighaltung“ aufgreifen. Dabei soll der Anwendungsbereich der Tierschutzvorschriften erweitert und ein höheres Tierschutzniveau erzielt werden (Veröffentlichung drittes Quartal 2023). Für das zweite Quartal 2023 ist ein Vorschlag zum Screening, zur Registrierung und Überwachung von Asbest geplant, der den bereits vorliegenden Vorschlag zur Novellierung der Asbestrichtlinie ergänzt. Eine Modernisierung des Rechtsrahmens für alternative Streitbeilegung und Online-Streitbeilegung zur besseren Durchsetzung der Verbraucherrechte ist für das zweite Quartal 2023 angekündigt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsprogramm 2023](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsprogramm 2023 mit Anhängen](#) (in englischer Sprache)

Rat bestätigt politische Einigung für strengere Grenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen

Am 24.10.2022 hat der Rat die am 21.06.2022 in interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) zwischen Europäischem Parlament (EP), Kommission und Rat erzielte politische Einigung zur Änderung der Anhänge der Verordnung über persistente organische Schadstoffe (sog. POPs – Persistent Organic Pollutants) förmlich angenommen. Die Annahme erfolgte in einer Abstimmung ohne Aussprache mit einer qualifizierten Mehrheit von 26 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme. Durch die Änderung der Verordnung über persistente organische



Schadstoffe ([Verordnung \(EU\) 2019/1021](#)) wird die Liste der persistenten organischen Schadstoffe, deren Vorkommen in Abfallstoffen verringert werden soll, ergänzt. Gleichzeitig werden Grenzwerte für entsprechende Schadstoffe in Abfällen verschärft. Bei persistenten organischen Schadstoffen handelt es sich um langlebige organische Chemikalien (z. B. Perfluorooctansäure, polybromierte Diphenylether und kurzkettige Chlorparaffine), die schädliche Auswirkungen sowohl auf den Menschen als auch auf die Umwelt haben können. Durch die Beschränkung ihres Vorkommens in Abfällen sollen die menschliche Gesundheit geschützt, der Umweltschutz gestärkt und eine Kreislaufwirtschaft ohne schädliche Chemikalien erreicht werden.

Nachdem das EP die politische Einigung am 04.10.2022 ebenfalls bestätigt hatte, kann der Rechtsakt von der Kommission im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Er wird 20 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft treten und nach sechs Monaten gelten.

[Pressemitteilung](#)

[Angenommener Text](#)

Konsultation zur Änderung der REACH-Verordnung in Bezug auf besonders gefährliche Stoffe

Am 13.10.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Änderung der REACH-Verordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 1907/2006](#)) eingeleitet. Die Vorschriften für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien in der EU sollen in Bezug auf krebserregende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Stoffe (engl.: carcinogenic, mutagenic or reproductive toxicant - CMR) an die veränderte Rechtslage angepasst werden. Anhang XVII der REACH-Verordnung beschränkt das Inverkehrbringen und die Verwendung von CMR-Stoffen und Gemischen, die diese Stoffe oberhalb eines bestimmten Grenzwertes enthalten. Die Einstufung dieser Stoffe ist in der CLP-Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen ([Verordnung \(EG\) Nr. 1272/2008](#)) geregelt, die mit Wirkung ab dem 01.12.2023 durch die Kommission geändert wurde ([Delegierte Verordnung \(EU\) 2022/692](#)). Die Regelungen der REACH-Verordnung sollen mit Wirkung ab dem 01.12.2023 an die neue Einstufung von CMR-Stoffen angepasst werden.

Bis zum 10.11.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah geplant.

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister trafen sich am 17.10.2022 in Luxemburg; für Deutschland nahm Staatssekretärin *Bender* teil.

Die Mitgliedstaaten berieten erneut über die Lage auf den Agrarmärkten infolge des Krieges in der Ukraine und wie die ergriffenen Krisenmaßnahmen wirken.

Der Rat befasste sich mit der systematischen Tötung männlicher Küken, der Kofinanzierung von Veterinär- und Phytosanitärmaßnahmen, dem Wald-Monitoring, Carbon Farming, der Aufbereitung von Wirtschaftsdüngern und mit der Versorgungslage bei Öko-Eiweißfuttermitteln.

Die Mitgliedstaaten zeigten sich besorgt über die Steigerungen bei den Preisen der Betriebsmittel (v. a. für Mineraldünger), die besonders die viehhaltenden Betriebe sowie die Ernährungswirtschaft betreffen, sich aber auch massiv auf die Verbraucherpreise auswirken.

Deutschland und Frankreich kritisierten erneut die ethisch nicht vertretbare Praxis der systematischen Tötung männlicher Eintagsküken aus Legelinien und forderten die Kommission auf, diese Praxis im Rahmen der Überarbeitung des EU-Tierschutzrechts EU-weit zu verbieten.

Litauen forderte die Mitgliedstaaten auf, wieder Öko-Eiweißfuttermittel aus der Ukraine zu beziehen. Die Mitgliedstaaten sollten deshalb auf Ausnahmeregelungen verzichten, die die Fütterung von konventionellen Eiweißfuttermitteln in der biologischen Tierhaltung erlauben.

Die Minister kritisierten das Vorhaben der Kommission, die Kofinanzierungssätze zur Unterstützung von Dringlichkeitsmaßnahmen und Programmen im Veterinär- und Phytosanitär-Bereich zu kürzen. Solche Kürzungen könnten die Fähigkeit der Mitgliedstaaten gefährden, das bisher erreichte hohe Niveau der Pflanzen- und Tiergesundheit sowie der Lebensmittelsicherheit in der EU aufrechtzuerhalten.

Der Rat befasste sich mit der Ausgestaltung des künftigen Waldmonitorings in der EU. Die Delegationen wiesen darauf hin, dass das nationale Waldmonitoring jeweils auf die regionalen Gegebenheiten ausgerichtet sei; einige betonten dabei auch die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Der Informationsbedarf für ein Monitoring auf EU-Ebene sollte deshalb geprüft und in enger Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten auf den Zweck der Politiken abgestimmt werden. Kommissar *Wojciechowski* betonte in seiner Replik, dass die Kommission das Waldmonitoring und die Entwicklung von Waldstrategieplänen in gemeinsamer Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten sehe.

Einige Mitgliedstaaten forderten ein Geschäftsmodell für Carbon Farming zu entwickeln und alternative Finanzierungsquellen neben der GAP zu erschließen.

[Tagung Agrarrat](#)



Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels (7/2022)

Die Kommission hat am 26.10.2022 ihren Bericht über die Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels für den Monat Juli 2022 veröffentlicht.

Sowohl die Ausfuhren (- 2 %, auf rund 19 Mrd. €) als auch die Einfuhren (- 2 %, auf rund 14 Mrd. €) von Agrarlebensmitteln in der EU sind im Juli 2022 wertmäßig leicht zurückgegangen. Die Handelsbilanz der EU liegt stabil bei rund 5 Mrd. €.

Trotz des Rückgangs der Gesamtausfuhrwerte stiegen die EU-Ausfuhren von Getreide, insbesondere Weizen, aber auch Gerste, vorwiegend in den Nahen Osten und nach Nordafrika

Die gesamten Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU von Anfang des Jahres bis Juli erreichten 127 Mrd. €, was 14 % mehr als im Vorjahreszeitraum entspricht. Die EU ist nach wie vor der weltweit größte Exporteur von Agrar- und Lebensmitteln.

Die Gesamteinfuhren der EU von Anfang des Jahres bis Juli erreichten 96 Mrd. € und liegen damit 33 % über dem Vorjahreszeitraum.

Das Vereinigte Königreich ist zum wichtigsten Handelspartner der EU geworden.

[Bericht Agrar-/Handelsbilanz 7/2022](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMELF

Die Kommission hat am 18.10.2022 ihr Arbeitsprogramm für 2023 veröffentlicht. Das Arbeitsprogramm 2023 enthält insgesamt 43 neue politische Initiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der politischen Prioritäten der Kommission. Der Bereich Landwirtschaft ist im Rahmen des Green Deal maßgeblich betroffen: Im Hinblick auf die Reduzierung von Lebensmittelabfällen soll ein Schwerpunkt im Rahmen der Abfallvermeidung gesetzt werden. Ein umfassender Rechtsrahmen für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem soll geschaffen werden. Die Bemühungen um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung der Böden in der EU gipfeln im angekündigten Vorschlag für ein „Bodengesundheitsgesetz“. Der Bereich „neue genomische Techniken“ soll über entsprechende Rechtsvorschriften geregelt werden. Wie in der Farm to Fork-Strategie angekündigt, sollen alle EU-Rechtsvorschriften zum Tierschutz umfassend überarbeitet werden (siehe hierzu auch Beiträge der übrigen Fachressorts in diesem EB).

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsprogramm 2023](#) (in englischer Sprache)

SCoPAFF hat befristeter Verlängerung der Glyphosatzulassung formal widersprochen

Der Ständige Ausschuss der Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SCoPAFF) und damit die Mehrheit der Mitgliedstaaten hat am 14.10.2022 der zeitlich befristeten Verlängerung der Glyphosatzulassung formal widersprochen.



Deutschland hat sich bei der Abstimmung enthalten; gleiches gilt für Frankreich und Slowenien. Nur Kroatien, Luxemburg und Malta stimmten für die befristete Verlängerung.

Die aktuelle Zulassung läuft am 15.12.2022 aus.

Die Entscheidung über eine befristete Verlängerung wurde erforderlich, nachdem die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) im Mai dieses Jahres mitgeteilt hatten, dass sie erst im Juli 2023 in der Lage seien, eine finale Stellungnahme an die Mitgliedstaaten und die Kommission zu übermitteln.

Die Entscheidung über die Fristverlängerung geht nun vor eine Berufungskommission. Kann auch diese keine Einigung herbeiführen, liegt die Entscheidung allein beim Kollegium der EU-Kommissare.

Eine Ablehnung der befristeten Verlängerung durch die Kommission ist nicht zu erwarten.

[Glyphosatzulassung](#)

Kommission registriert EU-Bürgerinitiative für veganes Essen

Die Kommission hat am 18.10.2022 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Europäische Bürgerinitiative für veganes Essen“ grundsätzlich zuzulassen.

Die Organisatoren der Initiative fordern ein Gesetz, das die ausdrückliche Bereitstellung einer veganen Alternative in privaten und öffentlichen Räumen, in denen Lebensmittel und Getränke in Europa verkauft werden, vorschreibt. Sie behaupten, dass dies dem aufkommenden kollektiven Bewusstsein für die Rechte der Tiere Rechnung tragen und zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen würde, indem der Konsum von pflanzlichen Lebensmitteln erhöht und die Kosten für Lebensmittel gesenkt würden.

Da diese Europäische Bürgerinitiative die formalen Voraussetzungen erfüllt, hält die Kommission sie für rechtlich zulässig. Die Kommission hat den Vorschlag zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht inhaltlich geprüft.

Nach der Registrierung haben die Organisatoren nun sechs Monate Zeit, um die Unterschriftensammlung zu eröffnen. Wenn eine Europäische Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission reagieren. Sie kann entscheiden, ob sie den Antrag weiterverfolgt oder nicht und muss ihre Gründe dafür darlegen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht Konsultation zu Beistoffen in Pflanzenschutzmitteln

Die Kommission hat am 21.10.2022 eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung in Bezug auf Beistoffe in Pflanzenschutzmitteln veröffentlicht.



Im Rahmen der Initiative sollen harmonisierte Kriterien und Verfahren zur Ermittlung unzulässiger Beistoffe festgelegt werden und zwar in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009.

Damit das erzielte Maß an Sicherheit gleich ist, sollen die Kriterien äquivalent zu denjenigen für Wirkstoffe sein. Rückmeldungen sind möglich bis 18.11.2022. Die Annahme durch die Kommission soll noch im Jahr 2022 erfolgen.

[Konsultation](#)

Kommission veröffentlicht Konsultation zu Verzeichnis im ökologischen Landbau zugelassener Erzeugnisse und Stoffe

Die Kommission hat am 24.10.2022 eine Konsultation zur Durchführungsverordnung (EU) 2021/1165 veröffentlicht, die im ökologischen Landbau zugelassene Erzeugnisse und Stoffe regelt.

Gemäß den EU-Vorschriften dürfen in der ökologischen Landwirtschaft nur Stoffe und Erzeugnisse verwendet werden, bei denen natürliche Systeme und Kreisläufe geachtet und die Boden-, Wasser- und Luftqualität sowie die Gesundheit von Pflanzen und Tieren geschützt und verbessert werden.

Die Kommission möchte mit dieser Durchführungs-VO das entsprechende Verzeichnis zugelassener Erzeugnisse und Stoffe aktualisieren.

Rückmeldungen sind möglich bis 21.11.2022. Die Annahme durch die Kommission soll noch im Jahr 2022 erfolgen.

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Sozialministerinnen und -minister tauschen sich zu Kriegsfolgen und Energiekrise aus

Am 13./14.10.2022 hat in Prag eine informelle Tagung der Sozialministerinnen und -minister der EU stattgefunden. Auf Einladung des tschechischen Ratsvorsitzes tauschten sich die Regierungsvertreter insbesondere über Maßnahmen zur Integration von ukrainischen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und über die Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf die soziale Lage aus. In der Diskussion über die Unterstützung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge stand ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt. „Jedes Land hat den Umgang mit den ukrainischen Flüchtlingen auf seine Weise gemeistert, was uns eine Vielzahl von Beispielen für gute und auch weniger erfolgreiche Praktiken liefert“, erklärte der tschechische Arbeits- und Sozialminister *Marian Jurečka*. Der Austausch von „best-practice“-Beispielen könne auf strategischer und praktischer Ebene sehr hilfreich sein. Auch in der Gesprächsrunde über die Auswirkungen der steigenden Energiepreise besprachen die Ministerinnen und Minister die wirksamsten Maßnahmen in den einzelnen Ländern, gingen aber auch auf potenzielle Lücken bei den bestehenden EU-Instrumenten ein.

[Pressemitteilung 13.10.2022](#)

[Pressemitteilung 14.10.2022](#)

Dreigliedriger Sozialgipfel: Gewerkschaften fordern neues SURE-Programm

Im Rahmen des Dreigliedrigen Sozialgipfels in Brüssel hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) am 19.10.2022 erneut EU-Hilfsprogramme gegen die gestiegenen Energiepreise gefordert. Die bisherigen Maßnahmen würden noch nicht der Dringlichkeit der Situation entsprechen, erklärte EGB-Generalsekretär *Luca Visentini*. Zusätzlich zu einer umgehenden Umsetzung der Mindestlohn-Richtlinie sei deswegen ein zweites SURE-Programm zur Rettung von Arbeitsplätzen in energieintensiven Industrien notwendig. Für die Arbeitgeberseite rief *Markus J. Beyrer*, Generaldirektor von Business Europe, die Staats- und Regierungschefs der EU dazu auf, sich schnell auf EU-weite Maßnahmen zur Preisbegrenzung zu einigen, um die Kosten für europäische Unternehmen zu senken. Auch die Anpassung des befristeten EU-Krisenrahmens für staatliche Beihilfen sei wichtig, um den betroffenen Unternehmen die dringend benötigte Hilfe zukommen zu lassen. Auf den Arbeitsmärkten besteht für *Beyrer* die Herausforderung darin, nun gleichzeitig das Thema Qualifizierung und die Auswirkungen der Energiekrise auf die Beschäftigung anzugehen. Der Präsident des Europäischen Rates, *Charles Michel*, erklärte, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten zwar bereits einige Maßnahmen ergriffen hätten, aber in den kommenden Wochen noch mehr getan werden müsse: „Wir zählen auf die gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, um die drängendsten Herausforderungen der heutigen Zeit anzugehen, so wie wir während der COVID-19-Pandemie getan haben.“

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



EuGH: Umwandlung darf Beteiligung der Gewerkschaften im Aufsichtsrat nicht verringern

Der EuGH hat die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der SAP SE gestärkt. Durch die Umwandlung von einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht in eine „Europäische Gesellschaft“ (SE) dürfe die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nicht verringert werden, so der EuGH in einer am 18.10.2022 veröffentlichten Entscheidung (Az: C-677/20). Der EuGH verweist insbesondere auf das „Vorher-Nachher-Prinzip“, das das EU-Recht bei der Umwandlung in eine SE vorsehe. Dies lasse eine Schwächung der Arbeitnehmer „in Bezug auf alle Komponenten der Arbeitnehmerbeteiligung“ nicht zu. Schreibe das nationale Recht für die umzuwandelnde Gesellschaft einen getrennten Wahlgang für die Wahl der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Arbeitnehmervertreter vor, müsse eine solche Regelung des Wahlverfahrens beibehalten werden, so der EuGH.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

EU-Gleichstellungsindex zeigt kaum Fortschritte in Sachen Gleichstellung

Im Rahmen des erstmals in Brüssel stattfindenden Gender Equality Forums hat das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) am 24.10.2022 die Ergebnisse des Gleichstellungsindex 2022 vorgestellt. Mit dem Instrument wird ein Punktwert zwischen 1 und 100 berechnet, wobei 100 für die Idealsituation einer geschlechtergerechten Gesellschaft steht. Im Vergleich zur letztjährigen Ausgabe konnte in diesem Jahr lediglich ein Anstieg um 0,6 Punkte verzeichnet werden: Der Index liegt demnach im EU-Durchschnitt derzeit bei 68,6 von 100 Punkten. „Besonders beunruhigend ist, dass im diesjährigen Index eine Umkehr zu beobachten ist – in mehreren Bereichen wurden erstmals seit 2010 sinkende Werte verzeichnet“, erklärte die Direktorin des EIGE, *Carlien Scheele*. Die höchsten Punktzahlen im Gleichstellungsindex 2022 erzielten Schweden, Dänemark und die Niederlande. Die größten Schwierigkeiten bei der Gleichstellung von Frauen und Männern weisen Griechenland, Rumänien und Ungarn auf. Deutschland liegt mit 68,7 Punkten knapp über dem EU-Durchschnitt.

[Veranstaltungsseite Gender Equality Forum](#)

[Pressemitteilung](#)

[Gender Equality Index](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament fordert mehr Anstrengungen zur Bekämpfung des Hasses gegen die LGBTIQ+-Community

Das Europäische Parlament (EP) hat am 18.10.2022 in einer Plenardebatte die Gewalt gegenüber der LGBTIQ+-Gemeinschaft thematisiert. Anlass war die Ermordung zweier junge Männer vor einer Schwulenbar in Bratislava durch einen Rechtsradikalen am 12.10.2022. In einer im Anschluss an die Aussprache mit breiter Mehrheit (447 Ja-Stimmen, 78 Nein-Stimmen, 45 Enthaltungen) angenommenen Entschließung zeigen sich die Abgeordneten besorgt über homophobe Äußerungen gegenüber der LGBTIQ+-Gemeinschaft in der Slowakei,



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 17/2022 vom 28.10.2022



und zwar „auch durch ehemalige und derzeitige Regierungsmitglieder“. Die Abgeordneten verweisen auf ähnliche Hassverbrechen in Bulgarien, Kroatien und Litauen und verurteilen diejenigen EU-Regierungen, die sich auf „die Unterstützung durch rechtsextreme und andere LGBTIQ+ -phobische politische Parteien verlassen, um an die Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten“.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Pandemievorbeugung: EU verstärkt weltweite Zusammenarbeit

Die EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) und die Koalition für Innovationen in der Epidemie-Vorbeugung (CEPI) werden weltweit enger zusammenarbeiten. Im Bereich der durchgängigen Impfstoff-Forschung und -entwicklung soll es mehr Informationsaustausch geben. Zudem sollen sowohl innerhalb der EU als auch global die Produktionskapazitäten sowie der Kapazitätsaufbau gestärkt werden. Die Zusammenarbeit wird dabei helfen, unnötige Überschneidungen zu vermeiden und Ressourcen effizienter zu nutzen. Beide Seiten werden Informationen über Forschung, Entwicklung, Herstellung und andere, für medizinische Gegenmaßnahmen relevante Prioritäten austauschen. Die Kommission unterstützt CEPI finanziell durch Zuschüsse aus dem HERA Horizon 2020 und Horizon Europe Budget.

[Pandemievorbeugung: EU verstärkt weltweite Zusammenarbeit](#)

Rat stärkt Europäische Gesundheitsunion

Mit der zeitgleichen Verabschiedung von drei Initiativen hat der Rat am 24.10.2022 den Rechtsrahmen der Europäischen Gesundheitsunion umfassend gestärkt. Die Umweltministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten nahmen in Luxemburg die Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und eine Änderung der Verordnung zur Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie einen Rechtsakt zum Notfallrahmen für medizinische Gegenmaßnahmen an.

Zusammen mit der bereits Anfang März in Kraft getretenen Verordnung für ein neues Mandat der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) wurden diese drei Initiativen Ende 2020 von der Kommission vorgeschlagen, um Krisenvorsorge und Krisenreaktionen in der EU zu stärken. Dementsprechend zielen sie einerseits darauf ab, Maßnahmen wie die gemeinsame Beschaffung von Arzneimitteln und Rohstoffen, die sich in der COVID-19-Pandemie bewährt haben, für zukünftige Gesundheitskrisen zu regeln. Andererseits sehen sie die Einrichtung weiterer Gremien wie einen Gesundheitskrisenstab, eine EU-Gesundheits-Taskforce und einen Gesundheitssicherheitsausschuss vor, die im Notfall eine Handlungsfähigkeit in der EU sicherstellen sollen. Die Verordnungen werden am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten.

[Rat fügt der Europäischen Gesundheitsunion neue Bausteine hinzu](#)

[Europäische Gesundheitsunion: Schutz für Europäerinnen und Europäer vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren \(Hintergrundinformationen\)](#)

[Verordnung zur Errichtung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten \(Überarbeitung\)](#)

[Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren](#)



Kommission lässt Corona-Impfstoffe für Babys und gegen Varianten zu

Die Kommission hat am 21.10.2022 Covid-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna für Babys und Kleinkinder ab sechs Monaten zugelassen. Sie folgte damit entsprechenden Empfehlungen der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA). Grünes Licht gab es auch für einen weiteren adaptierten Booster-Impfstoff von Moderna, der auf die Omikron-Varianten BA.4/5 angepasst wurde. Dazu schrieb EU-Gesundheitskommissarin, *Stella Kyriakides*, auf Twitter: „Mit Blick auf die steigenden Fallzahlen in Europa ist es wichtig, dass diesen Winter alle ihren Schutz über Impfungen und Booster stärken.“

[Tweet der Kommission zu Baby-Impfstoffen](#) (in englischer Sprache)

[Tweet der Kommission zum angepassten Moderna-Impfstoff](#) (in englischer Sprache)

[EMA recommends approval of Comirnaty and Spikevax COVID-19 vaccines for children from 6 months of age](#)
(in englischer Sprache)

[EMA recommends approval of second adapted Spikevax vaccine](#) (in englischer Sprache)

Befristeter COVID-19-Rahmen: Deutschland gewährte meiste Beihilfen

Die Kommission hat am 17.10.2022 einen Kurzbericht über staatliche Beihilfen veröffentlicht – konkret zum Befristeten COVID Krisenrahmen. Er hat es den Mitgliedstaaten seit Ausbruch der Pandemie ermöglicht, die in den Beihilfevorschriften vorgesehene Flexibilität in vollem Umfang zu nutzen. So konnten bedürftige Unternehmen rechtzeitig, gezielt und angemessen unterstützt werden, wobei die gleichen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewahrt und die für alle geltenden horizontalen Bedingungen beibehalten wurden. Deutschland hat in absoluten Zahlen nach vorläufigen Angaben mit 226 Mrd. € am meisten Beihilfen gewährt.

In den Jahren 2020 und 2021 hat die Kommission rund 1185 Entscheidungen zur Genehmigung getroffen: mehr als 865 nationale Maßnahmen wurden von den Mitgliedstaaten mit einem Gesamtbudget von über 3,1 Bio. € angemeldet.

[Befristeter COVID-19-Rahmen: Deutschland gewährte meiste Beihilfen \(europa.eu\)](#)

[Kurzbericht der Kommission](#) (in englischer Sprache)

COVID-19-Zertifikat: Gleichwertigkeitsbeschluss für Brasilien

Die Kommission hat am 14.10.2022 einen neuen Gleichwertigkeitsbeschluss angenommen, wonach die von Brasilien ausgestellten COVID-19-Zertifikate dem digitalen COVID-19-Zertifikat der EU gleichwertig sind. Dies bedeutet, dass Inhaber von in Brasilien ausgestellten Zertifikaten diese unter den gleichen Bedingungen wie Inhaber eines digitalen COVID-19-Zertifikats der EU verwenden können, falls Reisebeschränkungen wieder eingeführt werden müssen. Gleichzeitig hat Brasilien das digitale EU-Zertifikat für EU-Bürger akzeptiert, die ankommen.

[Documents](#) (in englischer Sprache)



Aufruf von Kommission, ECDC und Weltgesundheitsorganisation für Grippe- und Covid-Impfung

Die Kommissarin, *Stella Kyriakides*, der Direktor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Europa, *Hans Kluge*, und die Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), *Andrea Ammon*, warnten am 12.10.2022, dass die potenzielle Kozirkulation von COVID-19 und saisonaler Grippe im Herbst und Winter gefährdete Menschen einem erhöhten Risiko für schwere Erkrankungen und Tod aussetze. Sie fordern die Länder in der EU auf, dem Schutz der am stärksten gefährdeten Gruppen Vorrang einzuräumen, indem sie Grippe- und COVID-19-Impfstoffe gemeinsam verabreichen. Dies betreffe Gesundheitspersonal, Menschen über 60 Jahre, schwangere Frauen und solche mit Komorbiditäten und/oder Grunderkrankungen. Sie ermutigen alle, sich so bald wie möglich sowohl für die COVID-19- als auch für die Influenza-Impfung zu melden.

[Statement der Kommission, ECDC und WHO](#) (in englischer Sprache)

Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit junger Menschen

Anlässlich des Welttages für psychische Gesundheit hat das Jugend-Wiki-Netzwerk der Kommission den Bericht „The Impact of the COVID-19 pandemic on the mental health of young people – Policy responses in European countries“ veröffentlicht. Dieser Bericht identifiziert die wichtigsten Faktoren, die die psychische Gesundheit junger Menschen während der Pandemie beeinträchtigt haben und gibt einen detaillierten Überblick über die Initiativen, die zu ihrer Bewältigung eingerichtet wurden. Er enthält auch Beispiele für bewährte Verfahren. Einige Länder haben psychiatrische Dienste gestärkt, um psychologische Unterstützung sowohl in der Schule als auch zu Hause zu leisten. Andere Länder haben sich dafür entschieden, die digitale Inklusion zu fördern und die Isolation von Schülern zu vermeiden.

[Bericht](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Kommission legt Arbeitsprogramm 2023 vor – Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD

Die Kommission hat am 18.10.2022 ihr Arbeitsprogramm für 2023 vorgestellt. Im Bereich Digitales plant sie eine Initiative zu virtuellen Welten, die Werkzeuge zur Erschaffung offener virtueller Welten, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, bieten soll. Zudem will sie ein neues Programm zur Funkfrequenzpolitik vorlegen. Mit Bezug auf Daten will sie zum einen den gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraum vorantreiben, zum anderen eine Open Finance-Initiative vorlegen.

[Arbeitsprogramm der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Ratsschlussfolgerungen zur Stärkung der Sicherheit der Lieferketten von Informations- und Kommunikationstechnologien

Am 17.10.2022 hat der Ministerrat Schlussfolgerungen zu Stärkung der Sicherheit der Lieferketten von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) angenommen.

Es handelt sich dabei um einen Handlungsauftrag an Mitgliedstaaten und Kommission zur Stärkung der Sicherheit von IKT-Lieferketten und zur Bewältigung der Gefahr ungewollter strategischer Abhängigkeiten in den IKT-Lieferketten vor dem Hintergrund einer veränderten Bedrohungslage. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge solle danach zukünftig ein Schwerpunkt auf cybersicherheitsbezogene Auswahlkriterien gelegt werden, hierzu werden bis zum dritten Quartal 2023 Leitlinien der Kommission erbeten. Zur Frage der finanziellen Förderung ruft der Ministerrat das Europäische Cybersicherheits-Kompetenzzentrum und die Kommission auf, Sicherheitsaspekte der IKT-Lieferkette bei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Programme „Digitales Europa“ und „Horizont Europa“ zu berücksichtigen.

[Pressemitteilung des Rates vom 17.10.2022 mit weiterführenden Links](#)